



Europäische
Kommission



EU 
GIPFELTOUR

Schritt für Schritt zu einem stärkeren **Europa**



EUROPA: Ihre Ansprechpartner vor Ort in Österreich

EUROPÄISCHE KOMMISSION - VERTRETUNG IN ÖSTERREICH

Haus der Europäischen Union
Wipplingerstraße 35
1010 Wien
Telefon: +43 1 51618-0
E-Mail: comm-rep-vie@ec.europa.eu
Web: https://austria.representation.ec.europa.eu/index_de

| | |
|-------------------------------|---|
| Martin Selmayr | Leiter der Vertretung |
| Wolfgang Bogensberger | stv. Leiter der Vertretung, Leiter Politische Berichterstattung |
| Sabine Berger | Leiterin Presse & Social Media |
| Anna Knyazeva | Leiterin Bürgerkontakte, Netzwerke und Outreach |
| Adina Hoffmann-Reumüller | stv. Leiterin Bürgerkontakte, Netzwerke und Outreach |
| Barbara Steffner | Leiterin Wirtschaft & Soziales |
| Tim Joris Kaiser | stv. Leiter Wirtschaft & Soziales |
| Karin Guttmann, Susanne Mandl | Assistentinnen des Vertretungsleiters |

Europe-Direct-Zentren

EUROPE DIRECT WIEN

Europazentrum Wien
Lassingleithnerplatz 2/3, 1020 Wien
+43 676 599 0026
fragen@europedirect.wien

EUROPE DIRECT NIEDERÖSTERREICH

Amt der NÖ Landesregierung
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten
+43 676 812 12873
post.europedirect@noel.gv.at

EUROPE DIRECT BURGENLAND

Wirtschaftsagentur Burgenland
Marktstraße 3, 7000 Eisenstadt
+43 5 901 0210
europedirect@wirtschaftsagentur-burgenland.at

EUROPE DIRECT OBERÖSTERREICH

Amt der Oö. Landesregierung
Landhausplatz 1, 4021 Linz
+43 732 7720 14020
europedirect@ooe.gv.at

EUROPE DIRECT STEIERMARK

Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Landhausgasse 7, 8010 Graz
+43 316 877 2200
europedirect@stmk.gv.at

EUROPE DIRECT KÄRNTEN

Europahaus Klagenfurt
Reitschulgasse 4, 9020 Klagenfurt am Wörthersee
+43 463 511 741
europedirect@europahaus-klagenfurt.at

EUROPE DIRECT TIROL

Amt der Tiroler Landesregierung, Landhaus 1
Eduard-Wallnöfer-Platz 3, 6020 Innsbruck
+43 512 508 2349
eu.info@tirol.gv.at

EUROPE DIRECT LAND SALZBURG

Amt der Salzburger Landesregierung
Fasaneriestraße 35, 5020 Salzburg
+43 662 8042 3302
europedirect@salzburg.gv.at

EUROPE DIRECT SALZBURG SÜD

Regionalverband Pongau
Bahnhofstraße 34/5, 5500 Bischofshofen
+43 660 315 0585
europedirect@pongau.org

EUROPE DIRECT VORARLBERG

Amt der Vorarlberger Landesregierung
Landhaus, Römerstraße 15, 6901 Bregenz
+43 5574 511 20305
europa@vorarlberg.at



INHALT

| | |
|---|----|
| VORWORT von Martin Selmayr | 2 |
| VORWORT von Johannes Hahn | 5 |
| VORWORT von Emily Usner & Fariha Khan | 6 |
| EU-GIPFELTOUR 2023 | 8 |
| Niederösterreich | 10 |
| Salzburg | 12 |
| Steiermark | 14 |
| Kärnten | 16 |
| Oberösterreich | 18 |
| Vorarlberg | 20 |
| Tirol | 22 |
| Wien | 24 |
| Burgenland | 26 |
| EUROPATAG 2023: Demokratie hautnah | 28 |
| DIE REDE ZUR LAGE DER UNION: Heute handeln, um für morgen bereit zu sein | 30 |
| VOLLE UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE UKRAINE: In Brüssel wie in Wien | 32 |
| EU-AUFBAUPLAN: Weichenstellung für die Zukunft | 34 |
| WILLKOMMEN IN ÖSTERREICH: Besuche von Mitgliedern der EU-Kommission | 38 |
| RENNEN UM GRÜNES WACHSTUM: EU Policy Retreat auf Burg Schlaining | 42 |
| EUROPAPOLITISCHER TREFFPUNKT IN WIEN: Das Haus der Europäischen Union | 44 |
| EU-KULTURSALON: Premiere im Haus der Europäischen Union | 46 |
| EUROPA VOR ORT IM GESPRÄCH | 48 |
| EU ERFAHREN: Mit dem Zug zu den EU-Institutionen nach Brüssel | 50 |
| UNSER TEAM | 54 |
| MEDIENECHO | 56 |



IMPRESSUM

Herausgeber: Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich
1010 Wien, Wipplingerstraße 35
Tel: (+43 1) 516 18-0 | Fax: (+43 1) 513 42 25
E-Mail: comm-rep-vie@ec.europa.eu | Internet: <http://ec.europa.eu/austria>

Redaktion: Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich
Grafik: EDGE project design GmbH
Fotos: Titelbild: © EK/APA-Fotoservice/Hetfleisch, Rückseite: © EK/APA-Fotoservice/Lerch
Stand: November 2023

Es geht um unsere Demokratie

Martin Selmayr

Gleich sechsmal kamen im Jahr 2023 die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten mit der Präsidentin der EU-Kommission und dem Präsidenten des Europäischen Rats zusammen (einmal davon per Videokonferenz), um Europa in herausfordernden Zeiten gemeinsam in die richtige Richtung zu steuern. Es galt, europäische Antworten zu finden auf den andauernden völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, auf die Spannungen zwischen Serbien und dem Kosovo, den Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien sowie auf die brutalen Terroranschläge der Hamas auf israelische Zivilisten und die sich anschließende Krise im Nahen Osten. Die Herausforderung der nicht nachlassenden Migration nach Europa war ebenso Thema bei den „Chefs“ wie die Wettbewerbsfähigkeit Europas und die fortdauernde Klimakrise – 2023 war das bisher heißeste Jahr in der Geschichte, und bei Überschwemmungen in Slowenien und Griechenland, aber auch in Kärnten und der Steiermark zeigte sich, dass der Klimawandel mittlerweile in unserem Alltag spürbare Konsequenzen hat. Gleich zweimal – einmal in Moldawien und einmal im spanischen Granada – tagte 2023 die Europäische Politische Gemeinschaft. Dabei tauschten sich die Spitzen der EU mit den Staats- und Regierungschefs aller europäischen Staaten aus, die sich zu einer gemeinsamen und demokratischen Friedens- und Sicherheitsordnung bekennen – das sind mittlerweile 47 europäische Staaten, alle mit Ausnahme von Russland und Belarus. Außerdem trafen sich die 27 noch mit den Westbalkan-Staaten und der politischen Führung der lateinamerikanischen und karibischen Staaten.

„Gipfel“ werden diese politischen Treffen auf höchstem Niveau genannt. Aus der Ferne mögen solche Gipfeltreffen oft abstrakt erscheinen, und Beobachter haben gelegentlich den Eindruck, es ginge dabei nicht viel voran. Gipfeltreffen sind allerdings in der Praxis außerordentlich wichtig für die europäische und internationale Zusammenarbeit. Denn manchmal lässt sich eben nur auf oberster Ebene feststellen, ob man Interessen zusammenführen, Meinungsverschiedenheiten überwinden und am Ende im Verhandlungsweg gemeinsame Lösungen finden kann. Österreich spielt bei diesen Gipfeltreffen in der EU übrigens eine ganz maßgebliche Rolle. Denn in der EU gilt der Grundsatz, dass bei den großen Entscheidungen die „Chefs“ aller 27 Mitgliedstaaten gleichberechtigt mitentscheiden. Österreich hat so die gesetzliche Pflicht der EU zur Klimaneutralität bis spätestens 2050 ebenso mitbeschlossen wie die strategische Förderung der europäischen Halbleiterindustrie. Die gemeinsame Beschaffung von Impfstoffen in der Covid-Pandemie wurde von Österreich ebenso mitgetragen wie der gemeinsame Einkauf von Gas in der durch den russischen Angriffskrieg ausgelösten Energiekrise. Und auch die einschneidenden Wirtschaftssanktionen gegen Russland hat Österreich genauso mitbeschlossen wie den Kandidatenstatus für die Ukraine und Bosnien und Herzegowina. Wie alle EU-Mitgliedstaaten bringt Österreich dabei stets seine eigenen Interessen ein und verhandelt hart. Am Ende ist aber Österreich genauso kompromissbereit und solidarisch wie alle anderen Staaten der Europäischen Union. Denn wir Europäer wissen aus Erfahrung: Nur gemeinsam sind wir stark, gerade in den aktuell herausfordernden Zeiten.

Das Team der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich hat es sich zur Aufgabe gemacht, europäische Themen und die gemeinsamen Beschlüsse, die auf Gipfeltreffen getroffen werden, den Österreicherinnen und Österreichern sowie allen Menschen, die in Österreich leben, näher zu bringen. Dazu haben wir 2023 gemeinsam mit unseren Europe-Direct-Zentren und der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik „EU-Gipfeltouren“ in allen neun Bundesländern organisiert. Dabei luden wir Schülerinnen und Schüler, Lehrlinge, Studierende, Bürgermeister und Gemeinderäte und interessierte Bürgerinnen und Bürger aus der Region dazu ein, bei einer thematischen Bergwanderung gemeinsam aktuelle Fragen der EU-Politik zu diskutieren. Expertinnen und Experten lieferten jeweils in kurzen Impulsreferaten Zahlen und Fakten als Grundlage für die Diskussion, die meist auf einer Alm bei Abschlussgesprächen mit Brettljause ihren

Höhepunkt fand. Mein Team und ich haben uns sehr gefreut, dass insgesamt mehr als 500 interessierte Personen mitgewandert sind und mitdiskutiert haben. Eine besonders große Freude war die engagierte Mitwirkung der Europaabgeordneten Barbara Thaler (gleich zweimal!), des Wiener Bürgermeisters Michael Ludwig, des Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments Othmar Karas, des früheren Salzburger Landeshauptmanns Franz Schausberger, des Präsidenten des Kärntner Landtags Reinhart Rohr, der Vorarlberger Landtagsabgeordneten Andrea Schwarzmann, des burgenländischen Landeshauptmanns Hans Peter Doskozil, des EU-Haushaltskommissars Johannes Hahn, von Lara Leik von den „Scientists for Future“ sowie von Vasyl Khymynets, Botschafter der Ukraine, und Cristina Fraile Jiménez de Muñana, Botschafterin Spaniens in Österreich. Ob bei Sonne oder Regen, bei Wind und Wetter, wir haben einander viel zugehört, am Berg viel voneinander und übereinander gelernt, verschiedene Meinungen respektiert, Kompromisse erarbeitet – und so hoffentlich einen kleinen Beitrag dazu geleistet, dass Europa in Österreich vor Ort verständlicher wird.

2024 ist weltweit ein Superwahljahr – von Indien und Pakistan über die USA und Namibia bis nach Rumänien und Österreich werden demokratische Wahlen stattfinden. Auch die Abgeordneten des Europäischen Parlaments – 20 davon aus Österreich – werden vom 6. bis 9. Juni 2024 in freien, direkten und demokratischen Wahlen neu gewählt werden. Wahlen sind der Höhepunkt der Demokratie. Wenn Wahlentscheidungen auf ehrlicher Information, gut recherchierten Fakten und pluralistischem Diskurs beruhen, dann werden sie unser Gemeinwesen, ob auf lokaler, regionaler oder europäischer Ebene, am Ende stärker und bürgernäher machen. In diesem Sinne: Beteiligen Sie sich an der politischen Debatte über Europa, über seine Fehler und Unzulänglichkeiten ebenso wie über seine Leistungen und Erfolge, gerade in Krisenzeiten. Und vor allem: Gehen Sie am 9. Juni zur Europawahl. Und gestalten Sie so das Europa von morgen mit.

Martin Selmayr,
Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich



Europa lohnt sich

Johannes Hahn



Das Jahr 2023 war auf europäischer Ebene von großen Weichenstellungen geprägt. Die EU-Erweiterung ist zurück auf der Agenda. Das kann in seiner Bedeutung nicht überschätzt werden: Der Westbalkan, die Ukraine und die Republik Moldau gehören zur europäischen Familie. Zudem hat die Europäische Union 2023 zukunftsweisende Beschlüsse gefasst, vom Gesetz zur Wiederherstellung der Natur über das Gesetz zu kritischen Rohstoffen bis zur Einigung der EU-Staaten auf eine gemeinsame Linie beim Asyl- und Migrationspaket – um nur einige zu nennen. Gleichzeitig haben sich die geopolitischen Herausforderungen infolge des Terrorangriffs der Hamas auf Israel und des fortgesetzten russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine noch verschärft. Vor diesem Hintergrund brauchen wir mehr denn je ein starkes, handlungsfähiges Europa.

Als EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung trage ich dafür Sorge, dass die Union finanziell in der Lage ist, ihren Anforderungen gerecht zu werden. Diese sind aufgrund der globalen Entwicklungen und neuer Handlungsaufträge der Mitgliedstaaten in den vergangenen Monaten stark gestiegen. Die dringend notwendige weitere Unterstützung der Ukraine, die Erhöhung der humanitären Hilfe für den Gazastreifen und andere Regionen der Welt, die Verstärkung des Außengrenzschutzes und neue Maßnahmen für mehr Wettbewerbsfähigkeit kosten Geld. Eine Aufstockung des aktuellen Finanzrahmens bis 2027 ist unerlässlich, damit die Europäische Union ihre Aufgaben erfüllen kann. Anders formuliert: Wenn ich eine Person beauftrage, den Großglockner zu besteigen, dann muss ich ihr auch Bergschuhe und Steigeisen zugestehen. Nur mit Turnschuhen stehen die Chancen, heil oben anzukommen, schlecht.

Wir brauchen Realismus in Europa. Vor allem auch, was unser Selbstbild angeht. Aktuell haben wir einen ungesunden Drang zur Selbstverzewerung. Wir sind Weltmeister darin, Europa – also uns – schlechtzureden. Dabei haben wir so viel zu bieten. Mit der Datenschutzgrundverordnung und den Gesetzen über digitale Dienste und digitale Märkte setzen wir weltweit Standards. Wir sind der größte Geldgeber für Entwicklungszusammenarbeit. Auch bei Forschung und Entwicklung gehört Europa zur Weltklasse. Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen.

Ich will nicht verschweigen, dass mir insbesondere die relativ hohe EU-Skepsis in Österreich Sorge bereitet. Laut einer im Sommer 2023 veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage hat fast ein Drittel der Bevölkerung ein negatives Bild von der EU. Ich frage mich oft, welches Bild die Menschen vor Augen haben. Sehen sie auch die Arbeitsplätze, die der Binnenmarkt sichert, und EU-geförderte Bahnprojekte wie den Ausbau der Koralmbahn und den Brenner-Basistunnel? Oder verstellen imaginäre Aktenberge als Symbol einer vermeintlichen Überregulierung den Blick auf gemeinsame Errungenschaften?

Fest steht: Das Bild der EU ist nicht in Stein gemeißelt. Jede und jeder von uns ist aufgefordert, es mitzugestalten. 2024 gleich zwei Mal: Im Juni gilt es, bei der Europawahl die Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu bestimmen. Und auch die österreichische Nationalratswahl hat einen großen Einfluss auf die Europapolitik, schließlich sind die Regierungsmitglieder am Beschluss neuer EU-Gesetze maßgeblich beteiligt.

Die Europäische Union ist natürlich nicht perfekt. Wie ich auch bei meiner Rede zum Europatag im Österreichischen Parlament betont habe: Niemand verlangt, dass wir alle beim Aufstehen die Europahymne summen. Aber wir sollten uns doch hin und wieder bewusst werden, welches Glück wir in der Europäischen Union haben. Viele Menschen in der Welt würden jederzeit mit uns tauschen, um in den Genuss unserer Lebensart zu kommen. Eine Lebensart, die Freiheit garantiert, unsere Rechte als Konsumenten schützt, unsere Umwelt bewahrt, Arbeitsplätze der Zukunft sichert und Chancen für jeden Einzelnen bietet.

Wir brauchen einen offenen, fairen und faktenbasierten Austausch über Europa. Die Vertretung der Europäischen Kommission hat diesbezüglich 2023 wieder viel bewegt, nicht nur durch ihre EU-Gipfeltour. Ich danke dem gesamten Team herzlich für seinen unermüdeten und stets kreativen Einsatz beim Erklären europäischer Themen und Zusammenhänge in Österreich. Europa kann man am besten vor Ort vermitteln, und ich freue mich, dass das Team unserer Vertretung dazu in allen neun Bundesländern und in den Medien sehr präsent ist.

Die Autobiographie des überzeugten Europäers Hugo Portisch trägt den Titel „Aufregend war es immer“. Im Hinblick auf die Europäische Union ließe sich ableiten „Herausfordernd war es immer“. Die Kompromissfindung zwischen den EU-Mitgliedstaaten ist nicht immer einfach. Aber sie hat sich immer gelohnt. Mehr als 70 Jahre Frieden zwischen den EU-Mitgliedstaaten beweisen das eindrucksvoll. Die Europäische Union war und ist unser bestes Zukunftsversprechen für Frieden und Wohlstand. Damit dieses Versprechen hält, müssen wir Vertrauen in das gemeinsame Europa haben. Und Europa muss auf uns vertrauen können.

Alles Gute – und bleiben Sie gesund.

A handwritten signature in blue ink, which reads "Johannes Hahn".

Johannes Hahn, Mitglied der Europäischen Kommission, zuständig für Haushalt und Verwaltung



Es liegt an uns

Emily Usner & Fariha Khan

Emily Usner und Fariha Khan haben am 4. Mai 2023 bei unserem Festakt zum Europatag eine Rede im Österreichischen Parlament gehalten.

Liebe Europäerinnen und Europäer,

die Verantwortung für die Gestaltung eines vereinten Europas tragen wir alle. Die heutige Welt ist von konstanten Veränderungen und Herausforderungen auf allen Ebenen geprägt. Um dies zu meistern, braucht es eine aktive Stärkung der Demokratie, politischer Bildung und die aktive Einbindung junger Menschen in den politischen Prozess. Als engagierte Jugendvertreterinnen in Österreich möchten wir hier unsere Gedanken zur Bedeutung dieser Werte mit Ihnen teilen und einen gemeinsamen Weg in die Zukunft zeichnen.

Vor mehr als 70 Jahren wurden die Grundsteine für ein Europa des Friedens und der Sicherheit gelegt. Doch heute, in Zeiten, in denen die Welt von Konflikten und Krisen erschüttert wird, wird uns schmerzhaft bewusst, dass Frieden und Stabilität keine Selbstverständlichkeit sind. Gerade die jüngsten Ereignisse im Nahen Osten und der Ukraine sowie anderen Teilen der Welt mahnen uns eindringlich: Die Welt befindet sich im Wandel, und es liegt an uns, zu entscheiden, wie unsere Zukunft aussehen soll. Wir können uns entmutigen lassen und in der Dunkelheit der Unsicherheit verharren oder unsere Kräfte bündeln und gemeinsam für eine Zukunft kämpfen, die von Frieden, Sicherheit und Prosperität geprägt ist. Unser heutiges Handeln wird nicht nur unsere Gegenwart, sondern auch die zukünftiger Generationen maßgeblich beeinflussen. Gerade weil junge Menschen am längsten mit den heute getroffenen Entscheidungen leben müssen, sollten wir schon jetzt eingebunden und gehört werden.

Unsere Mission ist es, einen offenen Dialog über die Bedeutung von Beteiligung und Demokratie in Europa zu initiieren. Wir sind davon überzeugt, dass es speziell in den Händen der Jugend liegt, die Zukunft unserer Gesellschaft mitzugestalten. Gemeinsam möchten wir Sie in diesem Vorwort dazu anregen, über die Relevanz Ihres politischen Engagements, aber auch über das der Jugend und ihrer Rolle in unserer europäischen Gemeinschaft nachzudenken.

Doch um hier eine Veränderung zu bewirken und eine aktive Beteiligung zu ermöglichen, müssen wir die Weichen richtig stellen. Politik sollte nämlich keine abstrakte Angelegenheit sein, sondern ein generationenübergreifendes Projekt, in dem die wertvollen Ideen und das tiefgreifende Wissen von Alt und Jung gleichermaßen geschätzt werden. Denn die Jugend von heute ist engagiert und voller Energie und Visionen für eine bessere Welt. Daher ist es von großer Bedeutung, den Ansichten junger Menschen ausreichend Raum zu geben und sie zu ermutigen, sich weiterhin aktiv zu engagieren. Dies trifft insbesondere auf Themen zu, die für die Gestaltung ihrer Zukunft von großer Relevanz sind, wie beispielsweise die Klimakrise.

Besonders bedeutend ist außerdem eine umfassende und anregende politische Bildung. Es bedarf einer Vermittlung von qualitativ hochwertigen Informationen über die EU, die leicht zugänglich und auf die jeweilige Zielgruppe zugeschnitten präsentiert werden. Die Förderung von Medienkompetenz ist ebenso unerlässlich, insbesondere im Umgang mit Sozialen Medien als bedeutende Informationsquellen für Jung und Alt. Speziell in Ländern wie Österreich, wo junge Menschen bereits ab 16 Jahren wählen gehen können, muss dies ermutigt und informativ unterstützt werden. Nur wenn die EU die nächste Generation in das Geschehen von heute einbindet, wird sie ihr volles Potential entfalten können. Umfassende politische Bildung und die öffentliche sowie die finanzielle Förderung eigenständiger, politisch neutraler Jugendinitiativen zu diesem Zweck sind deshalb unerlässlich.

Jede und jeder Einzelne kann einen Unterschied machen, sei es im Kampf gegen die Klimakrise, für die Rechte von Menschen, die einer kulturellen, religiösen oder anderweitigen Minderheit angehören, oder für die Unterstützung derjenigen, die in Zeiten wirtschaftlicher Herausforderungen am meisten leiden.

Gerade wir, die Generation von heute, dürfen nicht darauf warten, dass andere die Dinge für uns in die Hand nehmen. Wir müssen selbst aktiv werden und unseren Beitrag leisten, um eine starke und gesunde Demokratie zu erhalten. Schließlich liegt es am Ende des Tages an uns, Europa zu einem Ort zu machen, an dem wir alle noch für lange Zeit friedlich zusammenleben können. In diesem Sinne rufen wir auch die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger dazu auf, junge Menschen zu ermutigen und ihre Ideen und Visionen aktiv in die Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft einzubeziehen. Denn in der Beteiligung der Jugend liegt die Kraft für ein gestärktes Europa.

Demokratie ist nicht nur ein System, sondern eine Verantwortung, die wir alle teilen. Lassen Sie uns diese Verantwortung gemeinsam tragen und eine lebendige und demokratische Zukunft für alle gestalten.

Emily Usner, Vertreterin des Europäischen Jugendparlaments Österreich
& Fariha Khan, Europäische Jugenddelegierte der Bundesjugendvertretung



EU GIPFELTOUR



EU-Gipfeltour 2023



Die Gestaltung unseres gemeinsamen Europas ist sprichwörtlich kein Spaziergang und sie ist auch kein Sprint, den man in Windeseile absolviert hat. Sie gleicht vielmehr einer Bergtour, bei der man in kleinen Schritten vorwärtskommt und auch akzeptieren muss, dass man auf dem Weg nach oben dann und wann ein paar Höhenmeter verliert.

In diesem Geiste haben die Vertretung der Europäischen Kommission und die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik bei Gipfeltouren 2023 in allen österreichischen Bundesländern den Austausch zu Europa gesucht. Vom Geschriebenstein im Burgenland bis zum Glättmar in Vorarlberg waren wir mit Europa-abgeordneten, Landeshauptleuten, Nationalrats- und Landtagsabgeordneten, EU-Gemeinderäten, Wissenschaftlern, Wirtschaftstreibenden, Klimaschützern, Sozialpartnern, Medienvertretern, Schülern, Lehrern und anderen interessierten Bürgerinnen und Bürgern unterwegs, um über zentrale EU-Politiken zu diskutieren. Die beiden Initiatoren der EU-Gipfeltour, EU-Botschafter Martin Selmayr und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, waren freilich bei allen neun Etappen Fixstarter.

Und wie im Großen, so auch im Kleinen: Hin und wieder haben die Rahmenbedingungen – in erster Linie schlechtes Wetter – die Umsetzung unseres Plans A vereitelt und wir mussten im letzten Moment einen Plan B wählen. Aber dank der großartigen Unterstützung unserer Europe-Direct-Zentren vor Ort war jede Tour äußerst gelungen – und hat neue Informationen und spannende Perspektiven auf die Herausforderungen geboten, die wir Europäerinnen und Europäer in unterschiedlichen Bereichen zu meistern haben. Und gleichzeitig wurde einmal mehr klar, welche immensen Chancen das gemeinsame Europa uns allen bietet.

EU-Erweiterungspolitik: Auf dem Weg zu einer stärkeren Union



NIEDERÖSTERREICH

Fotos: © EK/APA-Fotoservice/Ferlin-Fiedler

Die Premiere der EU-Gipfeltour am 8. März fand noch im Schnee statt und stand im Zeichen der EU-Erweiterungspolitik. Insbesondere die Frage, ob eine Vergrößerung und eine Vertiefung der EU parallel möglich sind, beschäftigte die Teilnehmenden, darunter Tobias Spöri von der Universität Wien und EU-Gemeinderätin Friederike Przibil.



UNSERE KEY TAKE-AWAYS

Schritt für Schritt vorwärts, nie zurück: Das Motto, das auch in der Europapolitik gilt, war die Handlungsanweisung beim Auftakt der EU-Gipfeltour: Im Zuge einer Schneeschuh-Wanderung am Rax-Plateau gingen bzw. stapften EU-Botschafter Martin Selmayr und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, gemeinsam mit Tobias Spöri von der Universität Wien, EU-Gemeinderätin Friederike Przibil sowie weiteren EU-Gemeinderäten, Studierenden und Journalisten der Frage nach, was eine künftige EU-Erweiterung für die Effizienz der Gemeinschaft bedeutet. Martin Selmayr betonte, dass geopolitische Überlegungen seit jeher eine starke Rolle bei EU-Erweiterungen gespielt haben:

„Und gerade jetzt wiegt die Geopolitik schwer, ebenso wie die Sicherheitspolitik.“

Wladimir Putins brutaler Angriffskrieg gegen die Ukraine hat den EU-Erweiterungsprozess wieder in den Fokus gerückt. Paul Schmidt ergänzte, dass es keine Abkürzung in die EU geben darf und etwaige EU-Beitritte richtig vorbereitet sein müssen. „Dann könnte die Europäische Union schrittweise nicht nur größer, sondern auch stärker werden.“

- ✓ Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat notwendigerweise eine neue Dynamik in den EU-Erweiterungsprozess gebracht.
- ✓ Die Erweiterung der EU ist ein geopolitischer Imperativ. Wir wollen nicht Instabilität importieren, sondern gerade jetzt Stabilität exportieren.
- ✓ Es gibt keine Abkürzung auf dem Weg in die EU.
- ✓ Es ist wahrscheinlich, dass die Union in einem Jahrzehnt mehr als 30 Mitglieder haben wird – und es ist mit ausreichend politischem Willen, guter Vorbereitung und tiefgreifenden Reformen auf beiden Seiten machbar.



Mehr zur EU-Erweiterungspolitik

Mehr als zehn Jahre ist es her, dass zuletzt ein Staat der EU beigetreten ist: Kroatien am 1. Juli 2013. Seitdem gab es zwar Verhandlungen mit Beitrittswerbern, aber der Weg war ein steiniger. Nun hat Wladimir Putins brutaler Angriffskrieg gegen die Ukraine ungewollt eine neue Dynamik in den EU-Erweiterungsprozess gebracht. Die Ukraine kämpft mit unglaublichem Mut gegen Putins Aggression und für europäische Werte. Das Land hat im Juni 2022 den Kandidatenstatus erhalten – ebenso wie die Republik Moldau und, im Dezember 2022, Bosnien und Herzegowina. Auch die EU-Beitrittsperspektive für Georgien und die ab 2024 geltende Visaliberalisierung mit dem Kosovo sind im Lichte der neuen Dynamik zu sehen. Diese hat auch Auswirkungen auf die langjährigen EU-Kandidatenländer am Westbalkan – Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien.

Das spiegelte sich auch in der Rede zur Lage der Union von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2023 wider. Sie rief dazu auf, die „alten Schwarz-Weiß-Diskussionen“ über die Erweiterung zu überwinden.

„Es geht hier nicht darum, ob wir entweder die Integration vertiefen oder die Union erweitern. Wir können und müssen beides tun“,

sagte die Präsidentin.

„Wir haben bewiesen, dass wir eine geopolitische Union sein können und gezeigt, dass wir schnell vorankommen, wenn wir an einem Strang ziehen. Und ich glaube, dass Europa auch mit mehr als 30 Staaten funktioniert.“

Um die Volkswirtschaften des Westbalkans zu stärken, hat Ursula von der Leyen im Herbst 2023 einen sechs Milliarden Euro schweren Wachstumsplan für die Region präsentiert:

„Das Potenzial dieses Wachstumsplans ist außerordentlich groß. Er könnte in den nächsten zehn Jahren dazu führen, dass die Wirtschaft am Westbalkan auf das Doppelte anwächst.“



Nächste Schritte

Am 8. November 2023 hat die Europäische Kommission das Erweiterungspaket 2023 präsentiert und die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine, der Republik Moldau und – sobald bestimmte Kriterien erfüllt sind – mit Bosnien und Herzegowina empfohlen. Georgien soll den EU-Kandidatenstatus erhalten, sofern es eine Reihe von Maßnahmen ergreift. Nun ist es an den 27 EU-Mitgliedstaaten, über das weitere Tempo des Erweiterungsprozesses zu entscheiden.



EU-Klimapolitik: Schritt für Schritt zum klimaneutralen Kontinent

EU
GIPFELTOUR

 **SALZBURG**

Fotos: © EK/APA-Fotoservice/Hetfleisch

Wie können wir Emissionen drastisch reduzieren und zugleich Wirtschaftswachstum ermöglichen? Diese Frage diskutierten wir am 25. April 2023 auf der EU-Gipfeltour in Salzburg. Antworten und Rückfragen kamen unter anderem vom früheren Landeshauptmann Franz Schausberger und der „Scientists for Future“-Beauftragten Lara Leik.

Die Umsetzung unserer gemeinsamen Klimaziele ist kein Spaziergang, soviel war von Anfang an klar. Fast schon symptomatisch war auch das regnerische Wetter zu Beginn unserer Gipfeltour, von dem sich die Teilnehmenden aber nicht abschrecken ließen. Mit EU-Botschafter Martin Selmayr und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, wanderten u. a. der Krimmler Bürgermeister Erich Czerny, der frühere Landeshauptmann Franz Schausberger und „Scientists for Future“-Beauftragte Lara Leik. Auf dem Weg zu den Krimmler Wasserfällen diskutierten sie, wie der europäische Grüne Deal Schritt für Schritt umgesetzt werden kann – und welche Herausforderungen und Chancen es dabei gibt.

„Klimaschutz und Wirtschaftswachstum sind kein Gegensatzpaar. Sie sind Partner, wenn man es richtig macht“.

betonte Martin Selmayr. Paul Schmidt unterstrich, dass der Grüne Deal eine gesellschaftliche Kraftanstrengung sei – und eine Frage des Geldes und des sozialen Ausgleichs. „Klimaschutzmaßnahmen müssen leistbar sein.“ Einigkeit herrschte bei der EU-Gipfeltour darüber, dass der europäische Grüne Deal nur gelingen kann, wenn alle dazu beitragen.

UNSERE KEY TAKE-AWAYS

- ✓ Der europäische Grüne Deal ist von allen EU-Staaten & dem Europäischen Parlament beschlossen worden. Wir müssen auch bei der Umsetzung an einem Strang ziehen.
- ✓ Viele wichtige EU-Gesetze für Klimaschutz sind bereits in Kraft. Aber es liegt noch viel Arbeit vor uns.
- ✓ Die grüne Wende bietet große Chancen. Wir müssen Unternehmen & Landwirten helfen, diese bestmöglich zu nutzen.
- ✓ Klimaschutz muss auch leistbar sein. Soziale Gerechtigkeit ist wichtig für die Akzeptanz.



Mehr zur EU-Klimapolitik

Die EU hat bei der Umsetzung des europäischen Grünen Deals 2023 große Fortschritte gemacht. Im Oktober haben die EU-Mitgliedstaaten die letzten Elemente des Gesetzespakets „Fit für 55“ beschlossen. Es stellt in zentralen Wirtschaftsbereichen die Weichen dafür, dass die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 % sinken, und beinhaltet u. a. überarbeitete Richtlinien für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, die Ausweitung des Emissionshandels und strenge CO₂-Normen für Autos. Zur Erinnerung: Auf Initiative der Europäischen Kommission haben sich die 27 Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament verpflichtet, Europa bis spätestens 2050 zum klimaneutralen Kontinent zu machen. Die Klimaziele und Zwischenschritte sind im Europäischen Klimagesetz rechtlich verankert.



Klima-Sozialfonds

Klar ist, dass wir den grünen Übergang nur schaffen werden, wenn er fair und gerecht abläuft. Für Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für die Industrie und die Landwirtschaft. Die Europäische Union hat 2023 eine Reihe von Unterstützungsmaßnahmen ergriffen. Ein neuer Klima-Sozialfonds wird rund 87 Milliarden Euro für die am stärksten gefährdeten Haushalte und Kleinunternehmen bereitstellen. Insgesamt dient ein Drittel des siebenjährigen EU-Budgets, das inklusive des EU-Aufbauinstruments *NextGenerationEU* rund 2 Billionen Euro umfasst, der Umsetzung des europäischen Grünen Deals.



Dieser entstand aus der Notwendigkeit, Mensch und Erde zu schützen. Aber er ist auch unsere Wirtschaftsstrategie. In eine Transformation unserer Wirtschaft zu investieren, heißt sowohl Emissionen zu senken, wie auch Jobs zu sichern und Innovation zu stärken. Im Februar 2023 hat die Kommission mit dem grünen Industrieplan einen wichtigen Schritt gesetzt, um Europas CO₂-neutrale Industrie wettbewerbsfähiger zu machen und die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts zu sichern. Die im März 2023 vorgelegte Netto-Null-Industrie-Verordnung zielt darauf ab, die Produktion sauberer Technologien in Europa auszuweiten. Bis 2030 soll die EU mindestens 40 % ihres jährlichen Bedarfs an sauberen Technologien selbst decken können.

Schutz vor unfairem Wettbewerb

Zu fairen Wettbewerbsbedingungen für europäische Unternehmen trägt der im Oktober 2023 gestartete CO₂-Grenzausgleichsmechanismus bei. Eine Abgabe auf bestimmte Importgüter soll verhindern, dass die Klimaschutz-Anstrengungen der EU konkurrenzlos werden, indem Produktion in Drittstaaten verlegt wird oder vermehrt CO₂-intensive Produkte eingeführt werden. Wir nutzen also die Kraft unseres Binnenmarktes, um den Klimaschutz weltweit voranzutreiben. Um es mit den Worten von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zu sagen: „Der europäische Grüne Deal stärkt auch die globale Führungsrolle und Verantwortung Europas bei einem Thema, dessen Auswirkungen die gesamte Menschheit betreffen.“

Kraftwerksbesuch & Klimadebatte



Die Energiewende trägt entscheidend zum Klimaschutz bei. Am Rande der EU-Gipfeltour konnten sich Martin Selmayr und Paul Schmidt aus nächster Nähe ein Bild von erneuerbarer Energie machen: Verbund Hydro Power-Geschäftsführer Michael Amerer führte die beiden durch das in Bau befindliche Pumpspeicherkraftwerk Limberg 3 in Kaprun. „Man sieht hier: Pumpspeicherkraftwerke haben Zukunft und Potenzial“, sagte der EU-Botschafter. Um Zukunft und Potenzial ging es auch bei einer Diskussionsveranstaltung, allerdings um jene des Wintertourismus vor dem Hintergrund der Klimakrise. Auf Initiative von Gritlind Kettl von Europe Direct Land Salzburg diskutierten die EU-Wanderer mit Wirtschaftstreibern und Touristikern. Die Lokalität war perfekt gewählt, verriet ihr Name doch schon, was es braucht: Weitblick.

EU-Migrationspolitik: Es geht um eine zentrale Zukunftsfrage



Mehr zur EU-Migrationspolitik

Die ersten Vorschläge für eine Verbesserung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems hat die Europäische Kommission schon im Jahr 2016 vorgelegt. Allerdings fanden einige nicht die Zustimmung der EU-Mitgliedstaaten beziehungsweise wurden nicht überall vor Ort wirksam umgesetzt. 2020 präsentierte die Kommission ein umfassendes Paket für Migrations- und Asylmanagement, das mehrere Legislativvorschläge enthält. Dabei geht es um beschleunigte Asylverfahren, die Rückführung illegal aufhältiger Migranten und die Steuerung legaler Migrationsbewegungen. Die geplanten Vorschriften werden ein gerechteres, effizienteres und nachhaltigeres System für das Asyl- und Migrationsmanagement ermöglichen und ein Gleichgewicht zwischen Solidarität und Verantwortung unter den Mitgliedstaaten gewährleisten. Missbrauch soll verringert und die am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten sollen besser unterstützt werden. Ein wichtiger Schritt zur Umsetzung des Pakets war die Einigung der EU-Mitgliedstaaten im Oktober 2023. Sie machte den Weg frei für abschließende Verhandlungen zwischen dem EU-Ratsvorsitz und dem Europäischen Parlament.

Auch beim Management der Außengrenzen tut sich viel: Das Ziel ist ein koordinierter Rahmen für die nationalen Grenzbehörden sowie für mehr als 120.000 Bedienstete der nationalen Grenzbehörden und Frontex. Schon jetzt sorgt das erweiterte Schengener Informationssystem für eine enge Vernetzung der Grenz-, Einwanderungs-, Polizei-, Zoll- und Justizbehörden in der EU und den assoziierten Schengen-Ländern wie der Schweiz.

Zu mehr Sicherheit an unseren Grenzen trägt ab 2025 auch das Europäische Reiseinformations- und Reisegenehmigungssystem ETIAS bei. Es wird Vorabinformationen über Reisende liefern, bevor diese die EU-Grenzen erreichen. Egal ob aus Costa Rica, Japan oder Argentinien: Wer visumfrei in die EU möchte, muss im Vorfeld ein elektronisches Formular ausfüllen – ähnlich wie es für die USA üblich ist. Auch wir wissen dann genau, wer sich zu welchem Zweck und wie lange in Europa aufhält.



Mehr Sicherheit durch Schengen-Erweiterung

Auch der – aus Sicht der Europäischen Kommission längst überfällige – Schengen-Beitritt von Rumänien und Bulgarien würde unsere Sicherheit weiter erhöhen. Denn die Außengrenze dieser Länder wäre eine gemeinsame EU-Grenze und würde entsprechend geschützt. Ein praktisches Beispiel: Als Kroatien Teil des Schengen-Raums wurde, konnten 700 slowenische Grenzschützer, die zuvor an der Grenze zu Kroatien tätig waren, an die neue Außengrenze entsandt werden.



STEIERMARK

Fotos: © EK/APA-Fotoservice/Krobath

Die Frage, wie offen unsere Grenzen sein sollen bzw. müssen, stand im Zentrum der steirischen EU-Gipfeltour am 30. Mai 2023. Wolfgang Benedek von der Universität Graz brachte seine Expertise ein. Wichtige Fortschritte gab es 2023 beim EU-Asyl- und Migrationspaket, das die Europäische Kommission 2020 vorgeschlagen hatte.

In die Bergwelt des Schöckl ging es für die Teilnehmenden der steirischen EU-Gipfeltour. Das Thema war die europäische Migrationspolitik. Experten wie Wolfgang Benedek, Professor am Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen der Universität Graz, und Harald Hanik, Referatsleiter im Amt der Steirischen Landesregierung, waren mit dabei und diskutierten mit EU-Botschafter Martin Selmayr, Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, Anna Koller vom Erasmus-Student-Network der Universität Graz, Jurate Kudarauskaite vom LOGO-Jugendmanagement, Schülern, Studierenden, Lehrern und EU-Gemeinderäten.

Einigkeit bestand darin, dass Migration ein Dauerthema bleiben wird und ein geeintes Vorgehen in der europäischen Migrationspolitik notwendig ist. Martin Selmayr plädierte für weniger emotional aufgeheizte Debatten und mehr Mut zu konkreten Initiativen in einem gesamt-europäischen Rahmen. Dabei dürfe nicht vergessen werden, dass eine wirksame europäische Migrationspolitik nicht erst an unseren Grenzen, sondern in der Nachbarschaft der Europäischen Union beginnt: mit humanitärer Hilfe und einer verantwortungsvollen, auf Stabilisierung ausgerichteten Außenpolitik.

UNSERE KEY TAKE-AWAYS

- ✓ Das europäische Lebensmodell mit Grundrechten, sozialer Sicherheit, wirtschaftlicher Stabilität und Frieden ist attraktiv. Europa wird immer Ziel von Migration sein.
- ✓ Um unseren Wohlstand zu erhalten, ist es im ureigenen Interesse Europas, Zuwanderung zu steuern und für Arbeitskräfte auch gezielt zu fördern. Dafür braucht es klare Spielregeln.
- ✓ Ein effizientes Management der EU-Außengrenze beginnt weit vor Europas Haustür. Es erfordert internationales Engagement zur Krisenbewältigung vor Ort, humanitäre Hilfe und strategische Partnerschaften, um die Lage in den Herkunftsländern zu verbessern.





EU-Landwirtschaftspolitik: Weichenstellung für die Zukunft

KÄRNTEN

Fotos: © EK/APA-Fotoservice/Fessl

Bei der EU-Gipfeltour auf den Kärntner Dobratsch am 6. Juni 2023 gingen die Teilnehmenden – unter ihnen Landtagspräsident Reinhart Rohr – der Frage nach, wieviel Öko es in der Landwirtschaft braucht. Am Weg nach oben wurde das Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet.



UNSERE KEY TAKE-AWAYS

EU-Botschafter Martin Selmayr und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, konnten bei der EU-Gipfeltour auf den Dobratsch unter anderem Landtagspräsident Reinhart Rohr, Hans Mikl von der Landwirtschaftskammer, Christian Waldmann von der Landarbeiterkammer für Kärnten und Bernhard Rebernik vom Ökosozialen Forum begrüßen – ebenso wie Schülerinnen und Schüler der Höheren Bundeslehranstalt für Landwirtschaft und Ernährung Pitzelstätten, die mit ihrer Professorin Sabine Bünz-Mellitzer gekommen waren. Auf dem Weg zum Gipfel des Vilsacher Hausberges kam der Einfluss des Landwirtschaftssektors auf die Erreichung der EU-Klimaziele ebenso ausführlich zur Sprache wie die aktuellen Herausforderungen, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und der wichtige Beitrag, den Agrarbetriebe für Land und Leute leisten.

„50 % der Fläche der EU werden land- und forstwirtschaftlich genutzt, in Österreich sind es 87 %. Es ist ein großer Schatz, den wir da haben“,

betonte Martin Selmayr.

- ✓ Der Agrarsektor hat großen Einfluss auf die Erreichung unserer Klimaziele. Er ist für eine gesunde und verlässliche Lebensmittelversorgung aber auch für 10 % der Treibhausgasemissionen verantwortlich.
- ✓ Spätestens im Jahr 2030 sollen 25 % statt derzeit rund 10 % der landwirtschaftlichen Flächen biologisch bewirtschaftet werden. Österreich ist hier bereits Vorreiter.
- ✓ Ökologische Produkte müssen leistbar sein.
- ✓ Ohne starken Umwelt- und Klimaschutz hat auch die Landwirtschaft in Europa mittelfristig keine gute Zukunft.



Mehr zur EU-Landwirtschaftspolitik

1962 wurde die gemeinsame Agrarpolitik – auch unter dem Kürzel GAP bekannt – als Partnerschaft zwischen der Landwirtschaft und der Gesellschaft ins Leben gerufen. Sie steigert die Produktivität der europäischen Landwirtschaft, gewährleistet Versorgungssicherheit und stabile Agrarmärkte und sorgt für ein angemessenes Einkommen für Landwirtinnen und Landwirte. Mehrmals reformiert, ist die EU-Agrarpolitik zunehmend dem Kampf gegen den Klimawandel, der ökologischen Produktion sowie der besonderen Unterstützung kleinerer Betriebe verpflichtet. Aktuell fließt fast ein Drittel des EU-Haushaltes in die gemeinsame Agrarpolitik. In Österreich profitieren 110.000 landwirtschaftlichen Betriebe von dieser Unterstützung.

Mit dem europäischen Grünen Deal will die Europäische Union bis 2050 klimaneutral werden. Auf die Erreichung dieses Ziels hat die europäische Landwirtschaft maßgeblichen Einfluss, denn sie ist für rund 10 % der Treibhausgasemissionen der EU verantwortlich. Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission im Rahmen der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ richtungsweisende Initiativen vorgeschlagen, die unter anderem darauf abzielen, die Qualität der Böden zu verbessern, die Artenvielfalt zu schützen, Innovation zu fördern und Lebensmittelverschwendung einzudämmen. Zudem soll der ökologische Landbau EU-weit bis 2030 auf mindestens 25 % der landwirtschaftlichen Flächen ausgeweitet werden. Hier steht die heimische Landwirtschaft Modell: Österreich ist EU-Spitzenreiter, hierzulande wird bereits jetzt mehr als ein Viertel der agrarischen Fläche biologisch bewirtschaftet.

Die EU-Vorschriften für den Agrarsektor sind hochkomplex und die EU-Kommission ist gefordert, sie anzupassen, wenn es zu unerwünschten Nebenwirkungen kommt. Das hat sie im April 2023 getan und die Vermarktungsnormen aktualisiert, damit Eier auch dann als Freilandei gelten, wenn Solarpaneele auf der Hühnerwiese stehen. Das hat die Debatte über die EU-Agrarpolitik in Österreich um ein vermeintliches faules Ei ärmer gemacht. Gleichzeitig hat die Kommission ein großflächiges Comeback der Marmelade in die Wege geleitet: Nun darf auch Gelee, das aus Marillen, Erdbeeren oder anderen Früchten besteht, als Marmelade bezeichnet werden. In der Vergangenheit musste Marmelade auf Drängen des Vereinigten Königreichs auf Zitrusfrüchten basieren.



EU-Kommissionspräsidentin dankt den Landwirten

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen würdigte die Rolle der Landwirte in ihrer Rede zur Lage der Union im September 2023: „Ich möchte unseren Landwirten meine Anerkennung aussprechen und ihnen dafür danken, dass sie uns Tag für Tag mit Lebensmitteln versorgen“, sagte sie und kündigte einen strategischen Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft in der EU an: „Ich bin und bleibe davon überzeugt, dass Landwirtschaft und Naturschutz zusammengehen. Wir brauchen beides.“



EU-Energiepolitik: Es ist noch viel zu tun



OBERÖSTERREICH

Fotos: © EK/APA-Fotoservice/Neumayr

Um die unterschiedlichen Anforderungen an die EU-Energiepolitik drehte sich am 20. Juni 2023 die EU-Gipfeltour in Oberösterreich, an der auch Marie-Theres Holzleitner von der Johannes Kepler Universität und die Ebenseer Bürgermeisterin Sabine Promberger teilnahmen. Klar ist: Es braucht mehr Unabhängigkeit von Drittstaaten und mehr Klimaschutz. Und es hat sich schon viel getan.

Das Europakreuz auf dem Feuerkogel war Ziel unserer Gipfeltour zum Thema EU-Energiepolitik. EU-Botschafter Martin Selmayr und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, konnten u. a. Marie-Theres Holzleitner vom Energieinstitut der Johannes Kepler Universität, die Ebenseer Bürgermeisterin Sabine Promberger und Christian Hummelbrunner von der Klima- und Energiemodellregion Traunstein begrüßen. Sie diskutierten mit Bürgerinnen und Bürgern darüber, welche Hebel in Bewegung gesetzt werden müssen, damit Europa die Energiewende meistert.

„Wir wollen uns von der Abhängigkeit von Öl und Gas befreien. Der Schlüssel dazu sind mehr Windräder und mehr Solaranlagen“,

hob Martin Selmayr hervor.

UNSERE KEY TAKE-AWAYS



- ✓ Europa muss bei der Energieversorgung unabhängiger von Drittstaaten werden. Wichtige Fortschritte gibt es bereits, aber es bleibt noch viel zu tun.
- ✓ Die Energiewende ist sowohl geopolitisch als auch klimapolitisch das Gebot der Stunde.
- ✓ Der Ausbau der erneuerbaren Energien spielt eine Schlüsselrolle. Wind- und Sonnenenergie sind „made in the EU“ und zudem klimafreundlich.
- ✓ Bei der Steigerung der Energieeffizienz gibt es noch viel Potenzial. Die sauberste & günstigste Energie ist die, die wir erst gar nicht verbrauchen.



Mehr zur EU-Energiepolitik

Die starke und koordinierte Antwort der EU auf die Energiekrise, welche Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgelöst hat, zeigt Wirkung. EU-weit ist die Abhängigkeit von russischem Gas deutlich gesunken. Geholfen hat auch das Energiesparen: Die EU-Länder hatten vereinbart, ihren Gasverbrauch um mindestens 15 % zu senken. Erreicht wurden schließlich minus 18 %. Das zeigt, was bei Anstrengung und gutem Willen möglich ist. Mit der gemeinsamen Einkaufsplattform für Gas nutzen wir seit April 2023 das Gewicht des EU-Binnenmarkts, um bessere Bedingungen für die Konsumenten herauszuholen. Für den Winter 2023/24 sind die Gasspeicher in der EU zu 98 % gefüllt.

Anders als in den 1970er-Jahren haben wir diese Energiekrise aber auch dazu genutzt, massiv in Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu investieren. Die EU hat sich verpflichtet, bis 2030 den Anteil der Erneuerbaren am Energieverbrauch auf 42,5 % zu steigern. 2022 wurde EU-weit erstmals mehr Strom aus Wind- und Sonnenkraft als aus Gas erzeugt. Österreich ist führend bei Strom aus erneuerbaren Energien in Europa. Das liegt in erster Linie an der starken Nutzung der Wasserkraft, aber auch der Zuwachs an Photovoltaikanlagen ist rasant, und in den nächsten Jahren unterstützt die EU den weiteren Ausbau mit 140 Millionen Euro aus dem EU-Aufbauplan.



Rückenwind von der EU

Vor großen Herausforderungen steht die Windenergie. Eine unsichere Nachfrage, langsame und komplexe Genehmigungsverfahren, mangelnder Zugang zu Rohstoffen und Arbeitskräfteknappheit sind nur einige der Hürden. Immerhin: 2022 wurde eine Rekordzahl von Windkraftanlagen mit einer Kapazität von insgesamt 16 Gigawatt errichtet, ein Plus von 47 % gegenüber 2021. Allerdings liegt dies noch deutlich unter den 37 Gigawatt pro Jahr, die erforderlich sind, um die EU-Zielvorgabe für erneuerbare Energie für 2030 zu erreichen. Deshalb hat die Europäische Kommission im Oktober 2023 Sofortmaßnahmen für den Windkraftsektor präsentiert.

Eine wichtige Baustelle der Energiewende sind die 1,4 Millionen Gas- und Ölheizungen in Österreichs Haushalten. Diese stoßen mehr als 6,5 Millionen Tonnen CO₂ aus. Damit Österreich seine Klima- und Energieziele erreichen kann, müssen diese Heizsysteme durch saubere ersetzt oder an Fernwärme angeschlossen werden. Für die Finanzierung stehen Förderungen aus nationalen und EU-Mitteln bereit. Mithilfe des EU-Aufbauplans wird der Austausch von rund 31.800 Öl- und Gasheizungen finanziert.

Bei aller Dringlichkeit und Ambition steht uns noch ein weiter Weg bevor, bis wir die Energiewende geschafft haben. Hier ist es wie bei einer Bergwanderung: Das Ziel erreicht man mit Konsequenz und Ausdauer.



EU-Technologiepolitik: Europa erzeugt weltweit Echo



EU
GIPFELTOUR

VORARLBERG

Fotos: © EK/APA-Fotoservice/Lerch

Hightech und Höhenluft standen am 17. Juli 2023 bei der EU-Gipfeltour im Großen Walsertal auf dem Programm. EU-Abgeordnete Barbara Thaler, Landtagsabgeordnete Andrea Schwarzmann und Vizerektorin Irene Häntschel-Erhart brachten ihre Sicht zum Thema Digitalisierung ein.

Europas Weg zum digitalen Kontinent war das Thema der EU-Gipfeltour auf den Glattmar im Großen Walsertal. EU-Botschafter Martin Selmayr und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, diskutierten mit zahlreichen „Bergkameraden“ über die Herausforderungen im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung. Mit dabei waren die EU-Abgeordnete Barbara Thaler, die Landtagsabgeordnete und Obfrau der REGIO Großes Walsertal Andrea Schwarzmann, die Vizerektorin der Universität Innsbruck Irene Häntschel-Erhart, Mathias Bertsch von der Wirtschafts-Standort Vorarlberg GmbH und Stefan Stutz, Breitbandkoordinator des Landes Vorarlberg. Bei Käsknöpfele kam zur Sprache, dass Europa trotz Aufholbedarfs in gewissen Bereichen wieder einmal besser ist als sein Ruf:

„Wir Europäer sind Meister in der Selbstkritik. Wir müssen aber auch sehen, dass wir eine Grundinfrastruktur haben, die weltweit ihresgleichen sucht. Auf unserem Kontinent haben mehr Menschen Netzzugang als sonst wo“.

sagte Martin Selmayr. Barbara Thaler unterstrich, dass Europa als erster Kontinent rechtliche Rahmenbedingungen für Künstliche Intelligenz schafft. „Wir setzen somit weltweit Standards.“

UNSERE KEY TAKE-AWAYS

- ✓ Europa ist technologisch stärker als sein interner Ruf: Es tut sich viel in der Halbleiterindustrie, ebenso wie bei Forschung und Innovation.
- ✓ Die Europäische Kommission hat das Programm „Digitales Europa“ gestartet. Es zielt unter anderem darauf ab, 80 % der Bevölkerung bis 2030 mit digitalen Grundkenntnissen auszustatten.
- ✓ Wir müssen bei der Umsetzung neuer Ideen besser werden, den Bürokratieabbau auf nationaler und EU-Ebene vorantreiben und privates Kapital wirksamer mobilisieren.
- ✓ Europa setzt bei der Gesetzgebung für digitale Dienste und künstliche Intelligenz weltweit Standards.



Mehr zur EU-Technologiepolitik

Die Digitalisierung und die Technologisierung eröffnen neue Welten und revolutionieren unser Berufsleben ebenso wie unseren Alltag. Das schafft immense Chancen, birgt aber auch Risiken. Es braucht neue Spielregeln. Europa nimmt im Hinblick auf die Gesetzgebung eine Vorreiterrolle ein, zum Beispiel mit den Gesetzen über digitale Dienste und digitale Märkte, die einen sicheren Online-Raum schaffen. Wie wichtig die neuen Regeln sind, zeigte sich zum Beispiel an der massiven Verbreitung von illegalen Inhalten und Desinformation infolge der Terrorattacke der Hamas gegen Israel. Die Europäische Kommission hat in diesem Zusammenhang im Oktober 2023 förmliche Auskunftersuchen an große Plattformen gerichtet, darunter X (ehemals Twitter), Meta und TikTok.

Fortschritte gibt es bei der weltweit ersten Verordnung für künstliche Intelligenz, welche die Europäische Kommission im April 2021 vorgeschlagen hatte. Im Juni 2023 hat das Europäische Parlament seine Position für die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten festgezurr. „Wir müssen nun zusehen, dass wir die Vorschriften möglichst rasch verabschieden und umsetzen“, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union im September 2023. Ziel der Regeln ist es, die Position Europas als globales Zentrum für Exzellenz in der KI vom Labor bis zum Markt zu stärken. Gleichzeitig sollen sie dafür sorgen, dass die KI europäische Werte und Regeln wahrt. „Unsere oberste Priorität ist es, sicherzustellen, dass sich die KI auf eine menschenzentrierte, transparente und verantwortungsvolle Weise entwickelt“, betonte Ursula von der Leyen.

Chip-Gesetz in Kraft

Einen Meilenstein hat die EU 2023 im Hinblick auf die Halbleitertechnologie erreicht: Das europäische Chip-Gesetz ist am 21. September in Kraft getreten. Es soll die Fertigung in der Union stärken, das europäische Design-Ökosystem fördern und die Expansion und Innovation in der gesamten Wertschöpfungskette vorantreiben. Zudem will die Europäische Union ihren derzeitigen weltweiten Anteil am Chipmarkt bis 2030 auf 20 % verdoppeln. Einer der europäischen Chip-Hot-Spots ist Villach, wo Infineon erst kürzlich 1,6 Milliarden Euro in eine neue Chip-Fabrik investiert hat. Das Projekt ist von der Europäischen Kommission zu einem strategischen Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse erklärt und deshalb gezielt gefördert worden.

Es tut sich also einiges. Gleichzeitig müssen wir am Ball bleiben, um die digitale Wende zu meistern. Aber Europa ist keineswegs abgehängt und auf dem Weg zum flächendeckenden Freilichtmuseum, so wie es mancherorts gerne behauptet wird. Im Gegenteil: Auf vielen Ebenen leisten europäische Forscher und Unternehmen Pionierarbeit – oftmals mit Unterstützung der öffentlichen Hand. Gemeinsam können wir die Digitalisierung und die Technologisierung gestalten und für uns nützen.



EU-Außenpolitik: Anspruchsvoller Weg zum Global Player

 **TIROL**


**EU
GIPFELTOUR**

Foto: © EK

Die EU-Gipfeltour in Alpbach am 29. August 2023 war der EU-Außenpolitik gewidmet. Mit dabei waren der Erste Vizepräsident des Europäischen Parlaments Othmar Karas, der ukrainische Botschafter Vasyl Khymynets, EU-Abgeordnete Barbara Thaler und Völkerrechtsexperte Ralph Janik.

Bei der EU-Gipfeltour in Alpbach wurde die EU-Außenpolitik aus unterschiedlichsten Blickwinkeln betrachtet: Europaabgeordnete Barbara Thaler, der Botschafter der Ukraine in Österreich Vasyl Khymynets, der Völkerrechtsexperte Ralph Janik und Europarechtsprofessor Walter Obwexer brachten ihre Expertise ein. Auch der Erste Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Othmar Karas, war in der Früh zum Ausgangsort, dem Kongresszentrum gekommen, um den Teilnehmenden, darunter EU-Gemeinderätin Ingrid Schwarzenberger, und den Initiatoren EU-Botschafter Martin Selmayr und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, eine gute Wanderung zu wünschen. Wetterbedingt führte die Tour nicht wie ursprünglich geplant bis auf die Gratspitze, sondern endete für die meisten bei der Bischofer Käsalm. Dort wurde über die Rolle der österreichischen Neutralität ebenso diskutiert wie über Europas Positionierung in der Welt.

„Will Europa verhindern, dass autoritäre Mächte die globale Bühne dominieren und das Recht des Stärkeren regiert, muss es die Samthandschuhe ablegen und sein Modell, das auf der Stärke des Rechts basiert, verteidigen. Dabei gilt es, keine Zeit zu verlieren“,

unterstrich Martin Selmayr.

UNSERE KEY TAKE-AWAYS

- ✓ Der Ausgang des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ist maßgeblich für die Zukunft Europas. Wir müssen die Ukraine dabei unterstützen, ihren Verteidigungskrieg zu gewinnen und anschließend einen gerechten Frieden zu erreichen.
- ✓ Europa muss geeint auftreten und sein wirtschaftliches Gewicht auch außenpolitisch in die Waagschale werfen.
- ✓ Europa muss die Samthandschuhe ablegen und sein Modell, das auf der Stärke des Rechts basiert, verteidigen. Ansonsten wird zunehmend das Recht des Stärkeren regieren.
- ✓ Zu einer wirksamen Außenpolitik gehört auch eine militärische Komponente.



Mehr zur EU-Außenpolitik

Auch 2023 war die Europäische Union außenpolitisch im höchsten Maß gefordert: Der Schwerpunkt lag auf der umfassenden Unterstützung der Ukraine, die sich gegen den ungerechtfertigten und unprovokierten Angriffskrieg Russlands verteidigen muss. Die Europäische Union hat mittlerweile ein Dutzend Sanktionspakete einstimmig auf den Weg gebracht. Sie beinhalten unter anderem neue Import- und Exportverbote, Restriktionen gegen weitere Einzelpersonen sowie Maßnahmen, um die Umgehung von Sanktionen zu verhindern. Die EU setzte auch die finanzielle und humanitäre Hilfe verstärkt fort: Im Zuge der Makrofinanzhilfe hat die EU 2023 monatlich 1,5 Milliarden Euro an die Ukraine ausgezahlt. Die Mittel erleichtern es der Ukraine, ihren unmittelbaren Finanzierungsbedarf zu decken, und tragen dazu bei, dass z. B. Spitäler und Schulen weiter betrieben werden können. Insgesamt hat die EU die Ukraine bis Ende November 2023 mit rund 85 Milliarden Euro unterstützt. Zudem hat die Europäische Kommission im Juni eine Fazilität von 50 Milliarden Euro (2024-2027) vorgeschlagen.

Im Oktober 2023 erschütterte der Terrorangriff der Hamas auf Israel die europäischen Partner. Der Europäische Rat hat Ende Oktober 2023 über die Situation im Nahen Osten beraten und die Hamas und ihre brutalen und willkürlichen Angriffe auf das Schärffste verurteilt. Israel habe das Recht, sich im Einklang mit dem Völkerrecht und dem humanitären Völkerrecht zu verteidigen, hielt der Europäische Rat in den Schlussfolgerungen fest. Gleichzeitig brachte er seine tiefste Besorgnis über die sich verschlechternde humanitäre Lage im Gazastreifen zum Ausdruck und fordert einen kontinuierlichen, raschen, sicheren und ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe. Um die Zivilbevölkerung zu unterstützen, hat die Europäische Union die humanitäre Hilfe für 2023 auf mehr als 100 Millionen Euro vervierfacht (Stand Mitte November 2023). Gleichzeitig hat die Europäische Kommission eine Luftbrücke organisiert, damit dringend benötigte Hilfsmittel in den Gazastreifen gelangen können.

Gerade in geopolitisch schwierigen Zeiten ist es für Europa unerlässlich, Partnerschaften zu pflegen und zu intensivieren. Gelegenheiten dazu boten unter anderem die Gipfeltreffen mit den Vereinigten Staaten, Japan, Korea und Kanada. Auch das Treffen zwischen der EU und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und der Karibischen Staaten im Juli 2023 war ein wichtiger Moment. „Gleichgesinnte Freunde wie wir müssen zusammenstehen“, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.



Aufbau nachhaltiger Infrastruktur

Um die Bande zu Drittstaaten zu stärken, insbesondere auch auf dem afrikanischen Kontinent, hat die EU 2021 die Initiative Global Gateway gestartet. Dabei handelt es sich um ein 300-Milliarden-Euro-Programm zur Finanzierung nachhaltiger Infrastruktur rund um den Erdball. „Das Schicksal heutiger und künftiger Generationen hängt mehr denn je von der Qualität und Quantität der Infrastruktur ab, die uns alle miteinander verbindet“, sagte die EU-Kommissionspräsidentin beim Global-Gateway-Forum im Oktober 2023 in Brüssel.

MEHR
INFOS



EU-Sozialpolitik: Priorität der ersten Stunde



 **WIEN**

Fotos: © EK/APA-Fotoservice/Tesarek

Die Frage, was Europa gegen soziale Spaltung tut, war am 20. September 2023 Thema der EU-Gipfeltour auf den Cobenzl. Bei der abschließenden Diskussion erhielten die Teilnehmenden, darunter Spaniens Botschafterin Cristina Fraile Jiménez de Muñana, von höchster Ebene Informationen zu den sozialen Initiativen der Stadt Wien: Bürgermeister Michael Ludwig stand Rede und Antwort.

Die EU-Gipfeltour auf den Wiener Cobenzl widmete sich dem sozialen Europa und der Rolle der Sozialpartner in der EU bei der Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen in einer sich rasant wandelnden Welt. Zu den Teilnehmenden zählten Spaniens Botschafterin Cristina Fraile Jiménez de Muñana, Rolf Gleißner von der Wirtschaftskammer, Valentin Wedl von der Arbeiterkammer und natürlich die beiden Fixstarter – EU-Botschafter Martin Selmayr und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik. Auch Schülerinnen und Schüler des Akademischen Gymnasiums Wien und der Höheren Bundeslehranstalt für Tourismus und wirtschaftliche Berufe in der Bergheidengasse waren mit von der Partie. Höhepunkt war die Diskussion im Weingut der Stadt Wien am Cobenzl, wo Bürgermeister Michael Ludwig die Wanderer empfing. Er gab einen Überblick, was die Stadt Wien vom Klimaschutz bis zum Wohnbau unternimmt, um die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern. Anschließend beantwortete Bürgermeister Ludwig die zahlreichen Fragen der Jugendlichen.

„Gemeinsam arbeiten wir daran, die sozialen Standards in der Europäischen Union auf ein höheres Niveau zu heben“,

sagte der Wiener Bürgermeister.

UNSERE KEY TAKE-AWAYS

- ✓ Zum sozialen Europa gehört seit jeher die Gleichstellung von Frauen und Männern.
- ✓ Die EU sorgt dafür, dass Arbeitnehmer überall in der Union ein hohes Schutzniveau vorfinden, z. B. auf Basis der Arbeitszeitrichtlinie und bei den Beschäftigungsbedingungen in der Plattformwirtschaft.
- ✓ Die EU legt großen Wert darauf, die grüne & digitale Wende sozial gerecht zu gestalten.
- ✓ Wer die EU als reine Wirtschaftsunion sieht, verkennt ihr Wesen. Die EU betreibt auch eine zunehmend engagierte Sozialpolitik.



Mehr zur EU-Sozialpolitik

Bei allen EU-Initiativen werden soziale Aspekte mitgedacht. Aktuelles Beispiel ist der europäische Grüne Deal, der Europa bis spätestens 2050 klimaneutral machen soll. Um einkommensschwache Gruppen bei der grünen Wende zu unterstützen, hat die EU 2023 einen rund 87 Milliarden Euro schweren Klima-Sozialfonds eingerichtet. Und der EU-Aufbauplan hilft hierzulande, den Umstieg von Öl- und Gasheizungen auf klimafreundliche Alternativen zu stemmen. Die vieldiskutierten EU-Unternehmensregeln für die Achtung der Menschenrechte und der Umwelt in globalen Wertschöpfungsketten – kurz EU-Lieferkettengesetz genannt – geben Zeugnis davon, dass Europa sich für faire Arbeitsbedingungen einsetzt, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Union.

Die EU-Arbeitszeitrichtlinie regelt, dass die durchschnittliche Arbeitszeit im Zeitraum von sieben Tagen 48 Stunden einschließlich Überstunden nicht überschreiten darf. 2022 einigten sich die EU-Gesetzgeber auf einen EU-weiten Rahmen für angemessene Mindestlöhne. Kollektivvertragsverhandlungen zwischen den Sozialpartnern, wie sie Österreich seit vielen Jahren kennt, gelten dabei als Vorzeigemodell. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die wichtige Rolle der Sozialpartner bei ihrer Rede zur Lage der Union im September 2023 hervorgehoben. Gemeinsam mit der belgischen EU-Ratspräsidentschaft wird sie 2024 einen Gipfel mit den Sozialpartnern abhalten, um die Herausforderungen für den Arbeitsmarkt in den Blick zu nehmen.

Das soziale Wesen der Europäischen Union ist schon in den Gründungsverträgen von Rom verankert. Gestalt nimmt es zum Beispiel durch den Europäischen Sozialfonds an, der seit 1957 die Beschäftigungschancen der Menschen in Europa verbessert und soziale Ausgrenzung bekämpft. Auch die EU-Kohäsionspolitik, sprich die Förderung strukturschwacher Regionen, auf die rund ein Drittel des EU-Haushalts entfällt, dient nichts weniger als dem sozialen Ausgleich. Besonders wichtig waren soziale Maßnahmen während der Coronapandemie: Mit SURE, der ersten europäischen Kurzarbeitsregelung, wurden 40 Millionen Arbeitsplätze gerettet.



Regeln für Lohntransparenz

Ein zentraler Aspekt der EU-Politik ist die Gleichstellung von Mann und Frau. Das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist sogar Primärrecht, sprich im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union verankert. Dennoch verdienen Frauen im EU-Durchschnitt um 13 % weniger als Männer, in Österreich ist das Gefälle sogar noch größer. Neue EU-Vorschriften über Lohntransparenz, die im Juni 2023 in Kraft getreten sind, sollen dazu beitragen, die Kluft zu verringern.

All das zeigt: Wer die Europäische Union als reine Wirtschaftsunion begreift, verkennt ihr Wesen. Sie war von Anfang an auch eine Sozialunion, und die soziale Dimension ist im Laufe des europäischen Integrationsprozesses stetig gewachsen.





EU-Finanzpolitik: Grundstein für Stabilität und Wachstum



BURGENLAND

Fotos: © EK/APA-Fotoservice/Ferlin-Fiedler

Die EU-Gipfeltour im Burgenland am 13. Oktober 2023 rückte den EU-Haushalt und seine Finanzierung in den Fokus. Informationen aus erster Hand gab es von EU-Kommissar Johannes Hahn. Auch das Bundesland war auf höchster Ebene durch Hans Peter Doskozil vertreten.

Auf dem Weg zur höchsten Erhebung des Burgenlands am Geschriebenstein war die EU-Finanzpolitik Thema einer hochkarätig besetzten EU-Gipfeltour: EU-Kommissar Johannes Hahn, Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, Landtagspräsident Robert Hergovich, Landesrat Leonhard Schneemann und Atanas Pekanow, Ökonom und ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident Bulgariens, hatten die Einladung von EU-Botschafter Martin Selmayr und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, angenommen. Auch Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Oberpullendorf wanderten und diskutierten mit. Aus Sicht der Europäischen Kommission ist es für die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zentral, dass sich die gestiegenen Anforderungen der Mitgliedstaaten an die Union in deren finanziellen Ausstattung widerspiegeln:

„Das EU-Budget ist in Zahlen gegossene Politik. Wenn wir entscheiden, etwas gemeinsam zu tun, dann müssen wir das auch mit Budget untermauern“, sagte EU-Kommissar Johannes Hahn.

UNSERE KEY TAKE-AWAYS

- ✓ Das EU-Budget ist in Zahlen gegossene Politik.
- ✓ Der aktuelle EU-Finanzrahmen muss adaptiert werden, damit er den gestiegenen Anforderungen an die Europäische Union gerecht werden kann.
- ✓ Vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung müssen wir die Prioritätensetzung im EU-Haushalt überdenken.
- ✓ Wir müssen jetzt budgetär die Weichen dafür stellen, dass die EU künftig handlungsfähig bleibt.



Mehr zur EU-Finanzpolitik

Das relativ kleine EU-Budget muss Großes leisten: die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts für circa 450 Millionen Bürgerinnen und Bürger, gemeinsame Ausgaben für Sicherheit, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit und die Finanzierung von Forschung, Landwirtschaft und des Austauschprogramms Erasmus+ – um nur ein paar Posten zu nennen.

Für eine Gemeinschaftskasse von 27 Staaten sind zwei Billionen Euro für die sieben Jahre von 2021 bis 2027 – durchschnittlich weniger als 300 Milliarden Euro im Jahr – ein vergleichsweise geringer Betrag. Allein die Ausgaben des Gesamtstaats in Österreich reichten 2022 mit 236 Milliarden Euro beinahe an die jährlichen Ausgaben für die ganze Union heran. Dabei ist der aktuelle EU-Haushalt schon außergewöhnlich groß: Zusätzlich zum regulären siebenjährigen Finanzrahmen 2021-2027 von etwa 1,2 Billionen Euro haben alle Mitgliedstaaten infolge der Covid-Pandemie gemeinsam das 800 Milliarden Euro schwere Aufbauminstrument *NextGenerationEU* beschlossen, um die grüne und digitale Transformation voranzubringen.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind bereit, sich den neuen Realitäten und Herausforderungen offensiv zu stellen. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine führt seit dem 24. Februar 2022 nicht nur zu einer geopolitischen Zeitenwende, sondern hat auch unmittelbare finanzielle Folgen für die EU-Mitgliedstaaten – aufgrund der wirtschaftlichen Konsequenzen des Krieges und der absolut notwendigen Unterstützung der Ukraine in ihrem Kampf um Freiheit und Demokratie. Ein besseres Migrationsmanagement, neue Partnerschaften mit Drittländern und die Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit sind ebenfalls mit Kosten verbunden.

Die Halbzeitbilanz der Europäischen Kommission im Juni 2023 zeigte deutlich, dass die Spielräume des EU-Budgets, um unvorhergesehene Aufwände zu decken, weitgehend ausgeschöpft sind. Und das vor dem Hintergrund eines eingetrübten Wirtschaftsklimas und stark gestiegener Zinssätze, die sich auch auf die öffentlichen Haushalte auswirken.



Neue Einnahmequellen für den EU-Haushalt

An einer kurzfristigen Aufstockung des EU-Budgets durch nationale Beiträge führt kein Weg vorbei. Längerfristig bietet eine Ausweitung der Eigenmittel die Chance, dem EU-Haushalt neue Einnahmequellen zu erschließen und die Mitgliedstaaten zu entlasten. Im Juni 2023 präsentierte die Europäische Kommission ein aktualisiertes Paket, das neben Einnahmen aus dem Emissionshandel, dem CO₂-Grenzausgleichssystem sowie aus Residualgewinnen multinationaler Unternehmen auch befristete Eigenmittel auf der Grundlage von Statistiken über Unternehmensgewinne vorsieht. Dabei geht es nicht um eine Steuer auf Unternehmen, sondern um nationale Beiträge.

Klar ist: Eine starke Europäische Union braucht eine solide finanzielle Basis, um den Erwartungen, die an sie gestellt werden, gerecht zu werden. Anders formuliert: Auf Wünsche müssen Mittel folgen.





Europatag 2023: Demokratie hautnah



Fotos: © EK/APA-Fotoservice/Reither

Anlässlich des Europatags 2023 veranstaltete die EU-Kommissionsvertretung einen Festakt mit rund 650 Gästen im Österreichischen Parlament. Auch 340 Erstwähler aus den Bundesländern nahmen daran teil – und erhielten überdies ein Unionsbürgerpaket im Haus der Europäischen Union.

Am 4. Mai nahmen rund 340 Erstwählerinnen und Erstwähler anlässlich unseres Festakts im Vorfeld des Europatags dort Platz, wo sonst die Abgeordneten ihr demokratisches Recht ausüben: im Plenarsaal des Österreichischen Parlaments. Insgesamt folgten rund 650 Gäste unserer Einladung, unter dem Motto „Europa – Gemeinsam für Demokratie, Frieden und Souveränität“ den Europatag zu begehen. EU-Kommissar Johannes Hahn rückte die Bedeutung der Weltpolitikfähigkeit Europas ins Zentrum seiner Rede:



„Europa war und ist unser bestes Zukunftsversprechen für Frieden und Wohlstand. Wenn wir dieses auch künftig – allen rasanten globalen Veränderungen zum Trotz – einlösen wollen, müssen wir heute die Weichen dafür stellen.“

Nur ein geeintes, aktiv auftretendes Europa könne unsere Interessen in einer globalisierten Welt vertreten. „Das heißt nicht, dass alle in der Früh beim Aufstehen die Europahymne summen müssen, aber ein Moment der Selbstbesinnung wie dieser ist immer wieder wichtig, um sich des Glücks bewusst zu sein, das wir in der Europäischen Union genießen. Viele Menschen in der Welt würden jederzeit mit uns tauschen.“

Bundeskanzler Karl Nehammer, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Bundesratspräsident Günter Kovacs, Emily Usner, Präsidentin des Europäischen Jugendparlaments Österreich, und die Europäische Jugenddelegierte Fariha Khan wandten sich ebenfalls mit klaren Worten zu unseren europäischen und demokratischen Werten an die Gäste. Neben den Schülerinnen und Schülern durften wir auch Ministerin Susanne Raab, die Minister Gerhard Karner, Norbert Totschnig und Johannes Rauch sowie Staatssekretärin Andrea Mayer und Staatssekretär Florian Tursky begrüßen – ebenso wie Abgeordnete des Nationalrats und Bundesrats, 30 EU-Gemeinderäte aus ganz Österreich, Vertreter der EU-Netzwerke und Mitglieder des in Wien akkreditierten diplomatischen Corps.

Musikalisch umrahmt wurde der Festakt vom „Windobona Quintett“ der Universität für Musik und darstellende Kunst in Wien. Für einen schwungvollen und mitreißenden Abschluss sorgte der Chor des Bundesoberstufenrealgymnasiums Gastein mit einer Interpretation des Songs „Europa“ in der Falco-Requiem-Version und „Joyful, Joyful“, einer modernen englischen Variante der Europahymne.



Fotos: © EK/APA-Fotoservice/Hautzinger

Demokratie-Workshop mit dem Bundespräsidenten

Rund um die Feierlichkeiten zum Europatag fanden im Haus der Europäischen Union zwei EU-Demokratiewerkshops für Erstwählerinnen und Erstwähler statt. Über 340 Schülerinnen und Schüler aus Allgemein- und Berufsbildenden höheren Schulen, Polytechnischen Schulen sowie einer Inklusionsklasse waren aus ganz Österreich angereist. Die Chancen, die Europa bietet, und die Bedeutung der Europawahl 2024 waren zentrales Thema der Workshops. Die Jugendlichen erhielten dabei auch Antworten von oberster Instanz: Bundespräsident Alexander Van der Bellen nahm sich Zeit für die Fragen der jungen Menschen und sprach mit ihnen über ihre Wünsche und Sorgen im Hinblick auf die Zukunft Europas. Zudem diskutierten die Jugendlichen mit Expertinnen und Experten wie dem Vizekanzler a. D. Wilhelm Molterer, der ehemaligen Europa-Staatssekretärin Brigitte Ederer, Nikolai Weber vom Zentrum polis und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik.



Als Symbol ihrer Unionsbürgerschaft wurde allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein sogenanntes „Unionsbürgerpaket“ mit dem EU-Vertrag, der Grundrechtecharta und einigen EU-Gadgets überreicht. Das soll sie motivieren, an der Europawahl im Juni 2024 teilzunehmen und sich weiter für Europa stark zu machen.



© EK/APA-Fotoservice/Juhász

Aus Anlass des Europatages haben EU-Botschafter Martin Selmayr und Wiens Bürgermeister Michael Ludwig am 9. Mai 2023 im Rathauspark den „Baum der Kompetenzen“ gepflanzt. Er steht für das Europäische Jahr der Kompetenzen und ein vielfältiges Europa, in dem Aus- und Weiterbildungsangebote, Mobilität und die Anerkennung von Qualifikationen verstärkt gefördert werden.

Die Rede zur Lage der Union: Heute handeln, um für morgen bereit zu sein



Fotos: © EK/APA-Fotoservice/Juhasz

Der 13. September 2023 war ein Fixpunkt für alle europapolitisch Interessierten: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hielt vor dem Europäischen Parlament ihre Rede zur Lage der Union. Diese wurde im Haus der EU übertragen und analysiert.

2023 stand die Rede zur Lage der Union – kurz SOTEU aus dem Englischen State Of The European Union – ganz im Zeichen der Europawahl im Juni 2024 und der großen aktuellen Herausforderungen. Inhaltlich waren der europäische Grüne Deal, der jetzt in die entscheidende Phase der Implementierung geht, die Vereinbarkeit von Umweltschutz und Landwirtschaft und der Ausbau der Windenergie ebenso Thema wie die digitale Transformation, die Überwindung von Abhängigkeiten im Bereich Energie und Rohstoffe, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die zukunftsfähige Gestaltung der Arbeitsmärkte. Eine zentrale Rolle spielten zudem die Unterstützung der Ukraine, die Stärkung der geopolitischen Union und die EU-Erweiterung. „Lassen Sie uns heute handeln, um für morgen bereit zu sein“, sagte die EU-Kommissionspräsidentin. Es gehe darum, einen Kontinent zu schaffen, „der mit der Natur versöhnt und bei der Entwicklung neuer Technologien führend ist. Einen Kontinent, der in Freiheit und Frieden geht.“



Die Rede konnte im Haus der Europäischen Union auf Einladung der EU-Kommissionsvertretung und der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik live verfolgt werden. Ehrengast Stela Leuca, Staatssekretärin für europäische Integration der Republik Moldau, war sichtlich bewegt, als die Zukunftsaussichten für ihr Heimatland in der Rede angesprochen wurden. Im Anschluss an die Ausführungen der EU-Kommissionspräsidentin diskutierten Ingrid Steiner-Gashi vom Kurier, Helmut Brandstätter von den NEOS, der ukrainische Botschafter Vasyl Khymynets, Johannes Lindner vom Jacques Delors Centre und EU-Botschafter Martin Selmayr mit Corinna Milborn von PULS 4 über die Eckpunkte und die angekündigten Initiativen. Im bis auf den letzten Platz gefüllten Saal waren auch 50 Erstwählerinnen und Erstwähler aus dem Bernoulligymnasium und dem Gymnasium Maria Regina, die mit sehr relevanten Fragen zu den aktuellen Machtverhältnissen zwischen proeuropäischen und nationalen Kräften und die Auswirkungen auf die Zukunft Europas aufhorchen ließen.



© EK



Die Rede zur Lage der Union war für die Netzwerkmitglieder von Europe Direct und der europaweiten „Building Europe with Local Councillors“-Initiative Anlass für vielfältige Veranstaltungen in ganz Österreich. Die Diskussionsangebote in Klassenzimmern, online und auch in einem Kinosaal in St. Pölten stießen auf große Nachfrage. Politisch Interessierte hatten so die Möglichkeit, die verschiedenen Aspekte der Rede mit Expertinnen und Experten zu beleuchten und Fragen zu stellen. Diese drehten sich oftmals um die EU-Erweiterung und um das Verhältnis Europas zu China. Auch die Ankündigung der EU-Kommissionspräsidentin, dass Chinas Subventionen für Elektroautos auf den Prüfstand kommen, sorgte für Gesprächsstoff. Dank des Lehrernetzwerks „Europa in der Schule“ wurden zudem Schülerinnen und Schüler in den Bundesländern erreicht. Auch auf dem Onlineportal Twitch wurde – in Kooperation mit Europe Direct Wien – eifrig über die Inhalte der Rede diskutiert.



Gemeinsam etwas in Europa bewegen

Die EU-Kommissionsvertretung scheute sprichwörtlich keine Mühen, um möglichst viele Menschen in Österreich auf die Rede zur Lage der Union aufmerksam zu machen: So sind fünf Mitarbeiterinnen beim „Wien Energie Business Run“ mitgejoggt und haben auf ihren T-Shirts dafür geworben, über Europa auf dem Laufenden zu bleiben und die Rede anzuhören. Wie die Jahre zuvor war die Rede auch 2023 wieder der perfekte Anlass, verstärkt über Europa ins Gespräch zu kommen. Martin Selmayr und weitere Teammitglieder tauschten sich in Diskussionen und Gesprächsrunden mit politischen Entscheidungsträgern, Jungpolitikern vom Westbalkan, EU-Botschaftern, internationalen Studierenden und Schülern aus. EU-Botschafter Selmayr war zudem bei PULS 4 zu Gast und brachte einem österreichweiten Publikum die Hauptaspekte der Rede und die EU-Initiativen näher. „Europa ist das, was wir gemeinsam daraus machen.“



Foto: © EK



Volle Unterstützung für die Ukraine: In Brüssel wie in Wien

© EK/APA-Fotoservice/Hautzinger

Die EU-Kommissionsvertretung hat 2023 eine Reihe von Veranstaltungen und Initiativen organisiert, um ein starkes Zeichen der Solidarität mit der Ukraine zu setzen und diese bei ihrem für ganz Europa äußerst wichtigen Kampf für Freiheit, Demokratie und europäische Werte zu unterstützen.

Volle Unterstützung für die Ukraine – auf allen Ebenen. Diese gab es 2023 von europäischer Seite in Brüssel und Straßburg ebenso wie in den Hauptstädten der EU-Mitgliedstaaten. Am 24. Februar 2023, also genau ein Jahr nachdem Russlands Präsident Wladimir Putin seinen ungerechtfertigten und unprovokierten Angriffskrieg gegen die Ukraine gestartet hatte, lud EU-Botschafter Martin Selmayr zur Veranstaltung „Solidarity and Justice for Ukraine“ ins Haus der Europäischen Union in Wien. Unter den Gästen waren Justizministerin Alma Zadić, der ukrainische Botschafter Vasyl Khymynets und Annika Markovic, Botschafterin Schwedens, das im ersten Halbjahr 2023 den EU-Ratsvorsitz innehatte. Aus Kiew war die stellvertretende Justizministerin Iryna Mudra zugeschaltet.

„Die Solidarität und Unterstützung durch unsere Partner stärken unsere Zuversicht, dass die territoriale Integrität des Landes wiederhergestellt und Russland für seine Verbrechen völkerrechtlich verurteilt wird“, sagte Botschafter Khymynets. Wie die russische Führungselite für die zahlreichen in der Ukraine begangenen Verbrechen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden kann, diskutierten im Rahmen der Veranstaltung Astrid Reisinger Coracini von der Universität Wien, Wolfgang Benedek von der Universität Graz und Menschenrechtsexperte Manfred Nowak mit Profil-Journalistin Siobhán Geets.



© Europäische Union

EU-Botschafter Selmayr betonte, dass die Europäische Union alles in ihrer Macht Stehende tue, um der Ukraine zu helfen, den von Russland entfachten Krieg zu gewinnen. Seit Kriegsbeginn beläuft sich die EU-Unterstützung für die Ukraine auf rund 85 Milliarden Euro (Stand Ende November 2023). Sie reicht von Budgethilfe zur Fortführung der Staatsaufgaben und der Sicherstellung der Energieversorgung über die Bereitstellung von wichtiger militärischer Ausrüstung bis hin zu umfänglicher humanitärer Hilfe und Flüchtlingshilfe. Im November 2023 hat die EU der Ukraine anlässlich eines Besuchs von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Kiew 371 Busse übergeben. Diese sollen sicherstellen, dass Kinder in die Schule gelangen und weiter lernen können.

Gedenkfeier in der Innenstadt

Am Nachmittag des 24. Februar 2023 nahmen EU-Kommissar Johannes Hahn und EU-Botschafter Martin Selmayr gemeinsam mit der österreichischen Bundesregierung an einer Gedenkfeier in der ukrainischen griechisch-katholischen Zentralpfarre St. Barbara und der Griechisch-orientalischen Kirche zur Heiligen Dreifaltigkeit in der Wiener Innenstadt teil. Die ukrainische Botschaft hatte dies organisiert.

Was die Europäische Union und die internationale Gemeinschaft jetzt schon im Hinblick auf den Wiederaufbau tun müssen, stand am 7. Juni 2023 im Zentrum der Diskussion „Ein Marshallplan für die Ukraine“, welche die EU-Kommissionsvertretung gemeinsam mit Wolfgang Petritsch von der Austrian Marshall Plan Foundation organisiert hatte. Auch der stellvertretende ukrainische Wirtschaftsminister Oleksii Soboliev war ins Haus der Europäischen Union zugeschaltet.

Über Unterstützung für die Ukraine, den Umgang mit Putin in den Jahren vor der Aggression gegen die Ukraine und die Rolle von Desinformation ging es in einem Interview, das US-Botschafterin Victoria Reggie Kennedy, die britische Botschafterin Lindsay Skoll und Martin Selmayr der Wiener Zeitung gaben und das am 29. Juni 2023 erschien. Großer Wermutstropfen: Es war dies die letzte gedruckte Ausgabe der qualitativ hochwertigen und von den drei Interviewten sehr geschätzten Wiener Zeitung.

Ende November hieß Martin Selmayr die stellvertretende ukrainische Premierministerin Olga Stefanishyna und Botschafter Vasyl Khymynets im Haus der EU willkommen. Bei einem Pressegespräch erhielten Journalisten ein Update über die Fortschritte der Ukraine auf dem Weg in Richtung EU.



© EK/APA-Fotoservice/Hautzinger



© EK/APA-Fotoservice/Hautzinger



© EK/APA-Fotoservice/Tesarek

Wetterfeste Botschafter

Eine enge Zusammenarbeit verbindet EU-Botschafter Martin Selmayr mit dem ukrainischen Botschafter in Österreich Vasyl Khymynets. Dass es sich dabei nicht um eine Schönwetterfreundschaft handelt, bewies der ukrainische Botschafter einmal mehr, als er Ende August 2023 an unserer – etwas verregneten – EU-Gipfeltour in Tirol teilnahm und über die Zukunft der EU-Außenpolitik diskutierte. Auch als Gesprächspartner bei „Europa:Dialog“ und als Mit-Diskutant sowie Gast bei vielen anderen Veranstaltungen durften wir Vasyl Khymynets 2023 in der Wipplingerstraße 35 begrüßen. (siehe auch Seite 44).



© EK/APA-Fotoservice/Hetfleisch



Fotos: © EK/APA-Fotoservice/Ferlin-Fiedler

Österreich wird bis 2026 insgesamt rund 4 Milliarden Euro aus dem EU-Aufbauplan NextGenerationEU erhalten. Damit werden wichtige Weichenstellungen für die grüne & digitale Wende unterstützt – darunter der Ausbau der Koralmbahn.

Die Umsetzung des EU-Aufbauplans nahm 2023 weiter Fahrt auf. Nachdem die Europäische Kommission den ersten Zahlungsantrag Österreichs am 10. März 2023 genehmigt hatte, erhielt das Land die erste reguläre Tranche über 700 Millionen Euro. Voraussetzung dafür waren eine Reihe von Reformen – wie das Inkrafttreten des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes und die Einführung des Klimatickets – sowie Investitionen wie der Austausch von mehr als 6000 Heizkesseln, die Bereitstellung von Laptops für Schülerinnen und Schüler oder die Anstellung von „Community Nurses“ in mehr als 100 Gemeinden.

Bei der Jahreskonferenz Ende März 2023 im Haus der Europäischen Union zogen Expertinnen und Experten eine erste Zwischenbilanz zur Umsetzung des EU-Aufbauplans in Österreich. Ein Lokalausgangsschein in der Steiermark zeigte, was die EU-Initiative bewirkt: EU-Kommissar Johannes Hahn sowie die Ministerinnen Karoline Edtstadler und Leonore Gewessler überzeugten sich vom Baufortschritt bei der Koralmbahn. Sie ist Teil der neuen Südstrecke und eines der bedeutendsten Infrastrukturprojekte Europas, das entlang der Baltisch-Adriatischen Verkehrsachse den Norden Europas mit Häfen und Regionen der oberen Adria verbindet. Mit der neuen Koralmbahn wird sich zudem die

Fahrzeit zwischen Graz und Klagenfurt von derzeit rund 3 Stunden auf 45 Minuten verkürzen. Auch durch die Elektrifizierung von Regionalstrecken und deren Anbindung an die neue Schnellstrecke wird das Leben von Pendlerinnen und Pendlern erleichtert. Bis 2026 stehen für das Projekt insgesamt 542,6 Millionen Euro aus dem EU-Aufbauplan zur Verfügung. „Der Ausbau der Koralmbahn ist wichtig für Österreich und gleichzeitig ein Vorzeigeprojekt für Europa“, sagte EU-Haushaltskommissar Johannes Hahn. „Wir diskutieren derzeit viel über die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in Europa. Eine funktionierende Infrastruktur ist eine Grundvoraussetzung dafür.“

Der EU-Kommissar und die Regierungsmitglieder machten auch beim Unternehmen Hirschmann in Graz Stopp, um den Reparaturbonus, eine weitere Maßnahme des EU-Aufbauplans, in Aktion zu sehen.



Der EU-Aufbauplan unterstützt österreichweit auch den sozialen Bereich, etwa durch die Förderung von „Community Nursing“, das einen wichtigen Beitrag zur niederschweligen und bedarfsorientierten Versorgung vor Ort leistet. Community Nurses sind lokale Ansprechpersonen, die z. B. die Koordination von Therapien und sozialen Dienstleistungen übernehmen. Sie helfen jenen Menschen, die Unterstützung benötigen, leicht zugänglich und wohnortnah. Unser Team konnte sich bei einem Besuch in Traunkirchen ein Bild von der Arbeit zweier Community Nurses machen.



© EK/APA-Fotoservice/Juhasz

Weitere 210 Millionen aus dem EU-Aufbauplan

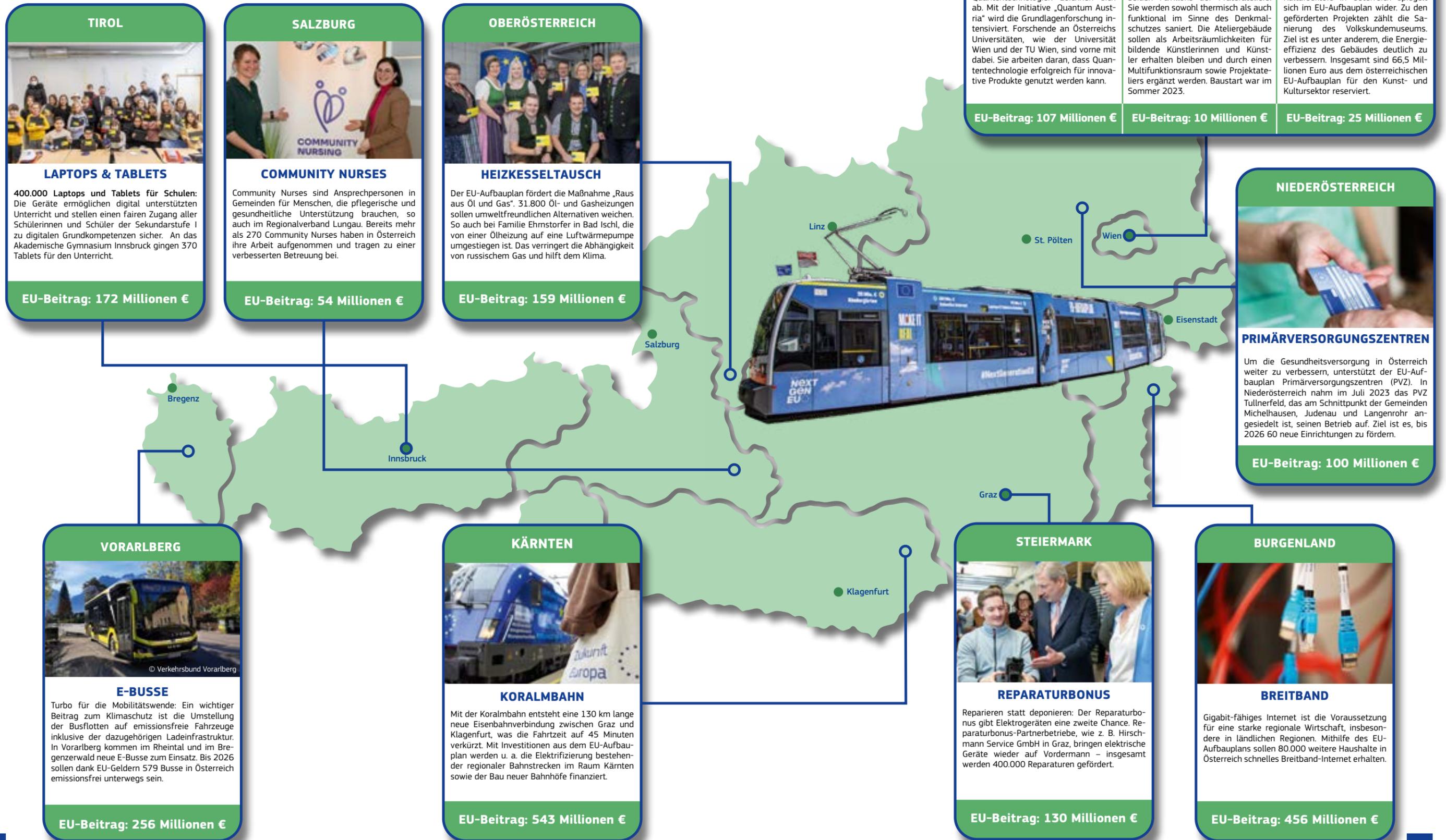
Am 19. Oktober 2023 billigte die Europäische Kommission den überarbeiteten Aufbauplan Österreichs mit einem neuen Kapitel zur Energiewende, basierend auf dem EU-Plan *REPowerEU*. Die daran geknüpften Reformen und Investitionen sollen Österreich dabei unterstützen, seine Unabhängigkeit von russischem Gas vor 2030 zu erreichen. Mit den zusätzlichen 210 Millionen Euro wird in Österreich der weitere und schnellere Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf Dächern sowie der Umstieg auf emissionsfreie LKWs und andere Nutzfahrzeuge gefördert. Insgesamt erhält Österreich bis 2026 nun 4 Milliarden Euro an EU-Finanzhilfen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität. Sie ist das Herzstück des mehr als 800 Milliarden Euro schweren Aufbauplans *NextGenerationEU*, das die Europäerinnen und Europäer beim grünen und digitalen Wandel unterstützt. In Wien symbolisiert die EU-Solidaritäts-Birne, dass wir gemeinsam in Europa viel bewegen können.



© EK/APA-Fotoservice/Neumayr

EU-Aufbauplan

Mit Mitteln aus der Aufbau- und Resilienzfazilität unterstützt die EU bis 2026 zentrale Investitions- und Reformvorhaben in den Mitgliedstaaten. Österreich erhält ca. 4 Milliarden Euro an EU-Zuschüssen und fördert damit den grünen und digitalen Wandel sowie Projekte in den Bereichen Gesundheit und Bildung in allen Bundesländern. #NextGenEU



Willkommen in Österreich: Besuche von Mitgliedern der EU-Kommission

Auch 2023 war die EU-Kommissionsvertretung intensiv mit der Vorbereitung und Betreuung hochrangiger Besuche aus Brüssel beschäftigt. Die Programme reichten von Gesprächen auf Ministerebene bis zum Austausch mit regionalen und kommunalen Behörden. Aussprachen mit Abgeordneten des österreichischen Parlaments sowie mit Sozialpartnern und Vertretern der Zivilgesellschaft gehörten zur Tagesordnung. Eine besondere Rolle spielte im Jahr vor der Europawahl der Austausch mit jungen Menschen und Erstwählern. Der für Haushalt und Verwaltung zuständige EU-Kommissar aus Österreich, Johannes Hahn, ist regelmäßig in allen Bundesländern unterwegs. Auch weitere EU-Kommissionsmitglieder kamen 2023 nach Österreich beziehungsweise nahmen an Veranstaltungen der Kommissionsvertretung teil.



© Europäische Union

EU-Umweltkommissar Sinkevičius: Gemeinsam für Umweltschutz & Artenvielfalt

Beim Besuch von EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius stand die Umsetzung des europäischen Grünen Deals in Österreich im Mittelpunkt. Der EU-Kommissar traf sich mit Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig sowie mit Klimaschutzministerin Leonore Gewessler und nahm an einer Aussprache mit österreichischen Abgeordneten teil. Dabei ging es um die Renaturierung der angegriffenen Ökosysteme und die Förderung von erneuerbarer Energie in Europa. Natürlich war auch der Schutzstatus des Wolfes ein Thema: Virginijus Sinkevičius erklärte die aktuelle Lage und den Handlungsspielraum der EU-Mitgliedstaaten. Ein anderes Tier – der Donaustör – war Anlass eines Besuchs der Donauinsel. Zusammen mit Klimaschutzministerin Gewessler radelte der EU-Kommissar auf die Insel und machte sich dort ein Bild von EU-geförderten Projekten zum Schutz der Biodiversität und zur Abfederung der negativen Auswirkungen des Klimawandels.



© EK/APA-Fotoservice/Neumayr

EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen in Salzburg: Austausch zu aktuellen Themen

Ein Highlight war der Besuch von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Salzburg. Sie tauschte sich mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Bundeskanzler Karl Nehammer zu dringlichen europapolitischen Themen aus, darunter die Unterstützung der Ukraine angesichts des russischen Angriffskriegs, die Auswirkungen des Klimawandels, Migration und Wettbewerbsfähigkeit. Im Anschluss besuchte die EU-Kommissionspräsidentin die Salzburger Festspiele.



EU-Kommissionsvizepräsidentin Šuica: Demografie und Demokratie im Fokus

Demografische Herausforderungen, die Zukunft der Pflege und bessere Koordinierung innerhalb Europas bei der Anwerbung von Fachkräften sowie die Integration von Vertriebenen aus der Ukraine standen im Zentrum des Austauschs zwischen Dubravka Šuica, EU-Kommissionsvizepräsidentin für Demokratie und Demografie, und Sozial- und Gesundheitsminister Johannes Rauch. Als Patronin des „Innovation in Politics Awards“ – dieser zeichnet mutige und innovative Projekte in Europa aus – besuchte die Vizepräsidentin auch das zuständige Innovation in Politics Institute in Wien. Dort führte sie mit dem Team eine angeregte Debatte, wie die unterschiedlichen Formen der Bürgerbeteiligung – insbesondere das Engagement von jungen Menschen – noch stärker durch die europäische Ebene unterstützt werden können.



©Iris Dorfegger/BMSGPK



© Europäische Union



EU-Kommissar für Krisenmanagement Lenarčič: Hilfe wichtiger denn je

Anlass des Besuches von Janez Lenarčič, EU-Kommissar für Krisenmanagement, war der sechste Humanitäre Kongress Wien in der Universität Wien. Wie der EU-Kommissar in seiner Eröffnungsrede festhielt, war die Zahl der Menschen auf der Welt, die 2022 auf Humanitäre Hilfe angewiesen waren, fünfmal so hoch wie die Bevölkerungszahl Österreichs. Im Anschluss an die Konferenz diskutierte Janez Lenarčič mit Klimaschutzministerin Leonore Gewessler sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren, welche Maßnahmen notwendig sind, um das Zusammenspiel zwischen humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensarbeit zu stärken. Der EU-Katastrophenschutz stand im Mittelpunkt der parlamentarischen Aussprache und des Treffens mit Innenminister Gerhard Karner. Österreich beteiligt sich aktiv an der Bereitstellung von Hilfe im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens. Aber auch Österreich hat über den Mechanismus bereits um Hilfe angesucht und diese auch erhalten, beispielsweise bei der Bekämpfung der schweren Waldbrände im Rax-Gebiet im Herbst 2021.



© Europäische Union

EU-Innovationskommissarin Gabriel: Villa Tugendhat inspiriert das Neue Europäische Bauhaus

Darüber, wie das Neue Europäische Bauhaus den europäischen Grünen Deal um eine kulturelle und kreative Dimension bereichert, diskutierte in der Villa Tugendhat in Brunn Mariya Gabriel, bis Mai 2023 EU-Kommissarin, seither stellvertretende Premierministerin und Außenministerin Bulgariens, mit hochrangigen Gästen. Die Veranstaltung wurde von den Vertretungen der Europäischen Kommission in Österreich und Tschechien in Kooperation mit dem Tschechischen Zentrum Wien organisiert. Das Zusammenwirken von Architektur, Kunst, Handwerk, Wissenschaft und Technik ist wesentliche Voraussetzung für gemeinsame Lösungen zu den Herausforderungen unserer Zeit. Die Villa Tugendhat, erbaut um 1930 von Ludwig Mies van der Rohe und seit 2001 UNESCO-Weltkulturerbe, bot eine perfekte Inspiration für künftige nachhaltige und inklusive Projekte.



EU-Kommissare beim Salzburg Summit: Hochkarätige Panels & spannende Debatten



Ein Highlight des Jahres 2023 war der Salzburg Summit im Juli, zu dem EU-Kommissar Johannes Hahn und die Industriellenvereinigung geladen hatten. Auch EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton, EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni und EU-Botschafter Martin Selmayr waren in die Festspielstadt gereist, um darüber zu diskutieren, wie Europa sein wirtschaftliches Potenzial bestmöglich nutzen und seinen Einfluss auf der Weltbühne stärken kann. Johannes Hahn rief zum Abschluss des Salzburg Summit zu einem verstärkten Engagement in der Nachbarschaft auf: „Entweder wir exportieren Stabilität, oder wir werden Instabilität importieren“, sagte der EU-Kommissar, der von 2014 bis 2019 für Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik zuständig war.



EU-Kommissionsvizepräsident Schinas: Fortschritte bei EU-Asyl- und Migrationspolitik

Die Steuerung von Migrationsbewegungen und die Umsetzung des Europäischen Asyl- und Migrationspakets standen im Mittelpunkt des Austausches von Margaritis Schinas, EU-Kommissionsvizepräsidentin für die Förderung unserer europäischen Lebensweise, mit Bundeskanzler Karl Nehammer und Innenminister Gerhard Karner. Bei der Jahreskonferenz des International Centre for Migration Policy Development in Wien erläuterte der Vizepräsident, welche Maßnahmen bereits auf den Weg gebracht wurden und welche Hürden es noch zu überwinden gilt. Im Anschluss war es ihm ein persönliches Anliegen, der von EU-Parlament und EU-Kommission im Mai 2023 eröffneten multimedialen Dauerausstellung Erlebnis Europa in der Rotenturmstraße 19 einen Besuch abzustatten – inklusive Schnappschuss mit dem Team vor Ort.



EU-Sozialkommissar Schmit: 2023 steht im Zeichen der Kompetenzen

Der Besuch von Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, führte durch drei Bundesländer – Wien, Burgenland und Steiermark. Zusammen mit EU-Parlamentsvizepräsidentin Evelyn Regner diskutierte der EU-Kommissar mit 150 Schülerinnen und Schülern im Haus der EU über Herausforderungen und Chancen in Europa. Der Wandel der Arbeitswelt war dabei ein wichtiges Thema. Er verdeutlicht auch, warum 2023 das Europäische Jahr der Kompetenzen ist. Weiters standen Gespräche mit den Landeshauptleuten Hans Peter Doskozil und Michael Ludwig, Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher, weiteren Vertretern der nationalen und regionalen Ebene sowie europäischen Unternehmensverbänden auf dem Programm. Dabei ging es um den Arbeitskräfte- und Fachkräftebedarf, den Umgang mit Künstlicher Intelligenz auf dem Arbeitsmarkt, leistbares Wohnen sowie um diverse Anstellungsmodelle für pflegende Angehörige.



EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni: Diskussion über wirtschaftliche Perspektiven und EU-Erweiterung

Im November 2023 war EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni in Wien und sprach auf dem Vienna Economic Forum im Rathaus über die Wachstumsperspektiven für Europa. „Es mag angesichts der wirtschaftlichen Herausforderungen verlockend wirken, die Zugbrücken hochzuklappen. Aber das wäre ein sehr großer Fehler.“ Gerade jetzt brauche es Zusammenarbeit und wirtschaftlichen Austausch. „Es wird keine Deglobalisierung geben, aber mehr Regionalisierung der Lieferketten und Near-Shoring. Deshalb ist eine engagierte Erweiterungspolitik strategisch so wichtig“, betonte der EU-Kommissar. Er hob auch die Bedeutung des Wachstumsplans für den Westbalkan hervor, den die Europäische Kommission kurz zuvor präsentiert hatte. Dieser beinhaltet eine Reform- und Wachstumsfazilität von sechs Milliarden Euro und soll die wirtschaftliche Konvergenz der Region beschleunigen. Auch in der Zusammensetzung des Panels spiegelte sich die Erweiterungsthematik wider: Paolo Gentiloni diskutierte mit den Premierministern aus Bulgarien, Nordmazedonien und Kosovo, dem stellvertretenden Regierungschef von Montenegro sowie mit dem Politologen Ivan Krastev.



Rennen um grünes Wachstum: EU Policy Retreat auf Burg Schlaining



Fotos: © EK/moving stills

Unsere Europagespräche fanden 2023 im Burgenland statt. Auf der Friedensburg Schlaining diskutierten Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zwei Tage lang, wie Europa im Wettrennen um das grüne Wachstum Meter machen kann.



Von West nach Ost: Nach der gelungenen Premiere im Bregenzerwald 2022 war 2023 das südliche Burgenland Austragungsort unseres EU Policy Retreats. Von 15. bis 17. Juni trafen sich rund 75 Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik, Wissenschaftler und Journalisten auf der geschichtsträchtigen Friedensburg Schlaining, um über die Herausforderungen des grünen Wachstums zu diskutieren. Zentrale Themen waren einerseits die Vereinbarkeit von wirtschaftlichem Erfolg und effektiver Klimapolitik und andererseits das globale Rennen um die Marktführerschaft bei grünen Technologien. Gesprächsstoff lieferte der Grüne Industriepan, den die Europäische Kommission im Februar 2023 vorgelegt hatte. Er zielt auf ein berechenbares und vereinfachtes regulatorisches Umfeld, schnelleren Zugang zu Finanzmitteln, den Ausbau europäischer Kompetenzen und robuste internationale Lieferketten ab.

Grüner Wandel ist Chance

Nach der Eröffnung durch die Initiatoren – EU-Botschafter Martin Selmayr und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik – ging es im ersten Dialog mit US-Botschafterin Victoria Reggie Kennedy um das Zusammenspiel der Klimaschutzmaßnahmen in Europa und den USA. Der Inflation Reduction Act sowie das Comeback der USA zum Pariser Klimaabkommen zeugen davon, dass auf beiden Seiten des Atlantiks großes Problembewusstsein herrscht. Im weiteren Verlauf des Retreats skizzierte Gabriel Felbermayr, Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung und Präsident des frisch gegründeten Supply Chain Intelligence Institute Austria, in seiner Keynote die Chancen der grünen Wende. Wirtschaftswachstum und Klimaschutz sind kein Gegensatzpaar, sondern können durchaus Hand in Hand gehen, wie Europa beweist: 2022 stieg das Bruttoinlandsprodukt der EU um 3,5 %, während die Treibhausgasemissionen um 2,5 % sanken. Bei Paneldiskussionen zu Handelspolitik und Klima, Friendshoring, Clean Tech und Kompetenzen, Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, Geoökonomie und Investitionen in den grünen Wandel wurden die verschiedenen Aspekte des Grünen Industriepans im Detail erläutert.

Auch Wirtschaftsminister Martin Kocher und Klimaschutzministerin Leonore Gewessler brachten ihre Perspektiven zu der Frage ein, wie Europa die Klimawende schaffen kann und welche Kompetenzen und Anpassungen am Arbeitsmarkt es dafür braucht. Infineon Austria CEO Sabine Herlitschka und OECD-Generalsekretär Mathias Cormann setzten sich mit globalen Allianzen für die Nachhaltigkeit auseinander. Schließlich gaben EU-Kommissar Johannes Hahn und Financial-Times-Journalist Martin Sandbu einen Ausblick, wie das EU-Budget auch in den kommenden Jahren dazu beitragen kann, Europa nachhaltiger und zukunftsfit zu machen.



Neun von 42 Kilometern absolviert

Das globale Rennen um grünes Wachstum und die Pole Position in diesem Sektor ist eröffnet. „Unternehmen aus Europa sind heute Marktführer in vielen Bereichen des Clean-Tech-Sektors. Das gibt uns einen Startvorteil. Aber darauf können wir uns nicht ausruhen“, betonte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in einem Gastkommentar in der Tageszeitung „Der Standard“. Rund um den Globus werden gewaltige Summen in neue, saubere Technologien investiert. „Für uns in Europa ist das Ziel ganz klar: Wir wollen, dass die starke Clean-Tech-Industrie hier bei uns in Europa noch stärker wird. Wir wollen sie als Motor für weiteres Wachstum und gute Arbeitsplätze hier bei uns. Dafür müssen wir uns anstrengen, und wir sind bereit dazu.“ Das Netto-Null-Industriegesetz, das die Europäische Kommission im März 2023 vorgeschlagen hat, schafft die entsprechenden regulatorischen Rahmenbedingungen.

Klar ist: Die Transformation unserer Wirtschaft wird Jahre dauern. „Wir befinden uns bei Kilometer neun eines Ma-

rathons“, sagte ein Teilnehmer des Retreats, bei dem die Chatham House Rule galt. Und: Europa kann das Ziel nicht alleine erreichen. Wir brauchen starke, zuverlässige Partner und müssen auf ein regelbasiertes, internationales Umfeld zählen können. Handelsabkommen mit gleichgesinnten Drittstaaten sind ein Schlüssel dafür. Europa hat auch eine Vorbildfunktion: Indem es zeigt, dass eine ehrgeizige Reduzierung der Emissionen zu nachhaltigem Wachstum, Wohlstand und einem besseren Leben führen kann, motiviert es andere Regionen der Welt, dem Beispiel zu folgen.

Auch wenn es natürlich unterschiedliche Zugänge gab, waren sich die Teilnehmenden des EU Policy Retreats in Schlaining mehrheitlich einig: Wirtschaftliche Interessen und Klimaschutz sind vereinbar. Voraussetzung dafür ist, dass Aufgaben fair und gerecht verteilt und gemeinsam Lösungen entwickelt werden. Die grüne Transformation ist ein Wettlauf gegen die Uhr des Klimawandels. Und wir können diesen nur als Team gewinnen.





Europapolitischer Treffpunkt in Wien: Das Haus der Europäischen Union

© EK/APA-Fotoservice/Godany



© EK/APA-Fotoservice/Leitner

Um Kreislaufwirtschaft und das Recht auf Reparatur ging es bei der Podiumsdiskussion „Bye, bye Wegwerfgesellschaft – Konsumverhalten im Wandel“ am 19. September mit Justizministerin Alma Zadić, Konsument:innenschutzminister Johannes Rauch, EU-Botschafter Martin Selmayr, Sophia Kratz vom EU-Umweltbüro und Peter Windischhofer, Co-Gründer von Refurbed. „Bekommen Handys, Elektrogeräte & Co. eine zweite Chance, entstehen nicht nur weniger Abfall und weniger Treibhausgase, sondern es werden auch weniger Rohstoffe benötigt, um neue Produkte herzustellen. Reparieren statt Importieren stärkt also die strategische Unabhängigkeit Europas“, hob Martin Selmayr die geopolitische Bedeutung der Kreislaufwirtschaft hervor.

Das Haus der Europäischen Union in der Wiener Wipplingerstraße ist zentrale Anlaufstelle für europapolitisch interessierte Bürgerinnen und Bürger. Neue Veranstaltungsformate sorgten 2023 für volle Reihen und neue Blickwinkel.

Viele Veranstaltungen im Haus der EU finden in enger Kooperation mit Partnerorganisationen statt, die aktuelle europapolitische Prioritäten aufgreifen. So war am 30. Mai 2023 der ukrainische Botschafter in Österreich Vasyl Khymynets zu Gast bei Europa:DIALOG mit Benedikt Weingartner (siehe auch Seite 33). Und am 21. Juni informierte Völkerrechtsexperte Ralph Janik bei Europa:DIALOG über die politischen und rechtlichen Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine.

Gemeinsam mit dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Österreich und der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik lud die EU-Kommissionsvertretung am 12. Oktober 2023 150 Schülerinnen und Schüler zum Austausch mit Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, und Evelyn Regner, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments. Im Europäischen Jahr der Kompetenzen betonte der EU-Sozialkommissar den Wert von Bildung: „Es gibt keine Digitalisierung ohne Menschen, die wissen, wie man damit umgeht. Es gibt keine E-Mobilität ohne Menschen, die Batterien bauen können. Es gibt keinen europäischen Grünen Deal ohne gut ausgebildete Menschen.“

Um junge Menschen und ihre Auseinandersetzung mit Europa drehte sich auch die Preisverleihung „Wir sind Europa“ am 20. Oktober 2023. Das Lehrernetzwerk „EUropa in der Schule“, eine gemeinsame Initiative der EU-Kommissionsvertretung, des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments und des österreichischen Bildungsministeriums, zeichnete bereits zum dritten Mal Absolventinnen und Absolventen von Allgemein- und Berufsbildenden Höheren Schulen für ihre hervorragenden vorwissenschaftlichen Arbeiten zu einem europäischen Thema aus. Gerade in politisch turbulenten Zeiten ist es wichtig, den Enthusiasmus, das Engagement und die faktenbasierte Auseinandersetzung junger Menschen mit europapolitischen Themen anzuerkennen und vor den Vorhang zu holen.

Das neue Erlebnis Europa im Zentrum Wiens

Erste Adresse für alle, die spielerisch mehr über Europa, seine Geschichte und seine Institutionen lernen möchten, ist seit Mai 2023 die Rotenturmstraße 19 im ersten Wiener Gemeindebezirk. Dort befindet sich die interaktive Dauerausstellung Erlebnis Europa. Passanten, Gruppen und Schulklassen können sich über Errungenschaften der Europäischen Union informieren und erfahren, wie Österreich am europäischen Einigungsprojekt mitwirkt. Zwei Highlights sind das 360-Grad-Kino mit Einblicken in die Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments und – nach Voranmeldung – ein Simulationsspiel, bei dem sich die Teilnehmenden als EU-Abgeordnete versuchen können. An der feierlichen Eröffnung von Erlebnis Europa nahmen u. a. EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola und Bundespräsident Alexander Van der Bellen teil. Erlebnis Europa solle daran erinnern, „dass der Hauptzweck der Europäischen Union darin besteht, den Menschen zu dienen“, betonte Präsidentin Metsola. „Es ist ein Ort, an dem wir zuhören können, an dem wir erklären können und an dem wir verstehen können, was die Menschen von Europa wollen.“ Bundespräsident Van der Bellen sagte: „Die Ausstellung lenkt quasi die Aufmerksamkeit auf all das, was das sonst unbemerkt arbeitende Herz Europa leistet.“



© Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments/APA-Fotoservice/Leitner



© EK/APA-Fotoservice/Leitner



EU-Kultursalon: Premiere im Haus der Europäischen Union

Fotos: © EK/APA-Fotoservice/Schedl

Vorhang auf für den EU-Kultursalon: Im Zuge einer neuen Veranstaltungsreihe lud die Vertretung der Europäischen Kommission Künstlerinnen und Künstler zum Diskurs über die Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft Europas ins Haus der Europäischen Union. Mit seinem Kaffeehaus-ähnlichen Stil bietet der Kultursalon den idealen Rahmen für eine gemütliche, zum Nachdenken anregende Annäherung an europapolitische Themen.



Den Auftakt zum „EU-Kultursalon“ machten am 9. Mai, dem Europatag, der Autor Robert Menasse und Raffaella Schaidreiter, Leiterin des ORF-Büros in Brüssel. Inspiriert von Robert Menasses Roman „Die Erweiterung“ betrachteten sie gemeinsam mit EU-Botschafter Martin Selmayr die aktuelle Lage Europas zwischen Vertiefung und Vergrößerung.



Fotos: © EK/APA-Fotoservice/Schedl



Am 27. Juni war Caroline de Gruyter, Journalistin und Autorin aus den Niederlanden, zu Gast im EU-Kultursalon, welcher der Geschichte und der Zukunft gleichermaßen gewidmet war. Caroline de Gruyter begab sich mit Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, und Martin Selmayr auf die Suche nach Parallelen und Unterschieden zwischen dem Habsburgerreich und der Europäischen Union.

Foto: © EK/APA-Fotoservice/Rudolph



Am 25. Oktober hieß es Bühne frei für Schauspieler Harald Krassnitzer, der kurz zuvor als Kommissar Moritz Eisner im Wiener Tatort mit Bezug zur EU-Politik ermittelt hatte, und ORF-Journalistin Claudia Reiterer. Sie boten Einblicke in ihr Verständnis von Europa, das sowohl von beruflichen als auch privaten Erlebnissen geprägt ist: So war Harald Krassnitzer ein Monat mit einer Zille durch die Donauländer unterwegs. Seine Souvenirs in Form von Geschichten, die er ins Haus der EU mitbrachte, regten sowohl zum Schmunzeln als auch zum Nachdenken an. Ein zentrales Thema des Abends war, wie man den Menschen Europa näherbringen kann – eine Frage, die insbesondere im Hinblick auf die Europawahl im Juni 2024 großes Gewicht hat.

Neues Europäisches Bauhaus: Design trifft Klimaschutz



Der europäische Grüne Deal hat auch eine Designkomponente: das Neue Europäische Bauhaus. Sein Namenspatron, das 1919 vom Architekten Walter Gropius gegründete Bauhaus, hat den sozialen und wirtschaftlichen Wandel zur Industriegesellschaft im 20. Jahrhundert maßgeblich mitbegleitet. Ein Jahrhundert später soll der europäische Grüne Deal, unterstützt vom Neuen Europäischen Bauhaus, den Weg zu einer nachhaltigen, klimaneutralen Gesellschaft weisen. Das Neue Europäische Bauhaus bringt den Menschen die Agenda des grünen Deals auf anschauliche Weise näher. Es fördert das Verständnis für Nachhaltigkeit, Inklusion und Ästhetik. Beim Architekturfestival „TURN ON“ im März 2023 referierte EU-Botschafter Martin Selmayr zusammen mit Architektin Katharina Fröch zum Thema „New European Bauhaus: mit Kreativität und Baukultur zum Green Deal“.

Wenn es in der EU um Kultur geht, ist Österreich in der Regel nicht weit: Unter den 20 Gewinnern des NEB-Preises 2021 ist „ERDEN PURE Walls“ aus Schllins in Vorarlberg. Das Projekt verwertet vorgefertigte, nicht stabilisierte Erde als 100 % natürliches und recyclingfähiges Baumaterial. Einer der 18 Preise des Jahres 2022 ging an das Wiener Holzwohnprojekt „Gleis 21“, das für eine neue Form des gemeinschaftlichen Wohnens und Lebens steht.



Europa vor Ort im Gespräch

Foto: © EK/APA-Fotoservice/Pichler

Vor Ort über Europa reden – über die Chancen, die uns das gemeinsame Europa bietet und darüber, wie wir die aktuellen Herausforderungen gemeinsam bewältigen können. Das tut die Europäische Kommission in allen österreichischen Bundesländern.



Von Berg (siehe EU-Gipfeltour ab Seite 10) bis Tal war das Team der EU-Kommissionsvertretung 2023 wieder in allen österreichischen Bundesländern unterwegs: Ob bei einer Diskussion an der Forstschule Bruck an der Mur, einem Treffen mit Mitgliedern der Jungen Wirtschaft und der Jungen Industrie in Dornbirn, beim Europaforum in Lech oder bei der Jahrestagung des Netzwerks „Europa in der Schule“ – diesmal an der Pädagogischen Hochschule Oberösterreich: Zu den Herausforderungen, welche Europa aktuell wirtschaftlich und politisch zu bewältigen hat, gab es viele Fragen zu beantworten. Die geopolitische Lage, der Kampf Europas gegen den Klimawandel und die EU-Erweiterung waren thematische Dauerbrenner. Auch Sicherheit und Leistbarkeit der Energieversorgung waren 2023 ein großes Thema: In Bad Ischl machte sich EU-Botschafter Martin Selmayr gemeinsam mit Europaabgeordnetem Hannes Heide und Bürgermeisterin Ines Schiller im Jänner 2023 ein Bild davon, welche Vorteile ein Heizkesseltausch bringt. Immer mehr Haushalte in Österreich erwärmen sich für einen Heizkesseltausch, der aus dem EU-Aufbauplan gefördert wird.

Arbeit mit EU-Gemeinderäten

Um europäische Themen verständlich und bürgernah zu vermitteln, fördert die Europäische Kommission ein europaweites Informations- und Aktionsnetzwerk in den Regionen mit mehr als 430 Stellen. In Österreich gibt es zehn solcher Europe-Direct-Zentren, die Veranstaltungen und Debatten organisieren und auf Messen, auf Märkten oder auch in Bädern unter die Leute gehen. Ein wahrer Publikumsmagnet – und mittlerweile auch im Nachbarland Bayern gefragt – sind die beiden EU-gebrandeten Piaggio APes, wo bei Cappuccino & Co. über Europa diskutiert wird. Ganz nach dem Motto: „Europa ist auch Dein Kaffee.“

Wichtige Partner sind auch die mehr als 1600 österreichischen EU-Gemeinderätinnen und EU-Gemeinderäte. Gemeinsam mit ihnen veranstaltet die Vertretung Europa-Stammtische in den Bundesländern. So



diskutierten wir bei je einer Veranstaltung im Jänner und Mai 2023 mit dem Schladminger Bürgermeister Herrmann Trinker und dem Vizebürgermeister von Volders Reinhard Steinlechner über aktuelle Themen wie die europäische grüne und digitale Agenda, wirtschaftliche Chancen und Herausforderungen von Regionen und das 30-jährige Jubiläum des europäischen Binnenmarktes. Die Jahrestagung der EU-Gemeinderätinnen und EU-Gemeinderäte im Juni 2023 in Innsbruck war ein weiterer Anlass, um Europa in die Regionen zu bringen.



Foto: © Land OÖ/Margot Haag

Ehrgast war Richard Kühnel, Direktor in der Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission. Er hat 2010 als damaliger Leiter der EU-Kommissionsvertretung in Österreich das Netzwerk „Europa fängt in der Gemeinde an“ mitbegründet. Nun hat die

Europäische Kommission nach österreichischem Vorbild ein europaweites Netzwerk an Gemeinderätinnen und Gemeinderäten ins Leben gerufen. Frei nach dem Motto: Wir brauchen Kommunikation dort, wo Europa anfängt – bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Lokale Initiativen unserer Netzwerkpartner, wie die Diskussionsveranstaltung beim „h-EU-rigen“ mit der Fachhochschule Krems in Schloss Hollenburg an der Donau im April 2023 sowie die Eröffnung des „Europaplatzes“ in Mistelbach im September 2023, boten weitere Möglichkeiten zum Austausch über Europa.

Auch eine Weltpremiere im Burgenland zog wirtschaftlich und europapolitisch versiertes Publikum an: Im Solar- und Windpark Schattendorf kam im Juli 2023 die erste organische SolidFlow-Batterie zum Einsatz. „Die EU hat sich das Ziel gesetzt, den Anteil der Erneuerbaren am Energieverbrauch bis 2030 auf 42,5 % zu verdoppeln. Dabei müssen wir natürlich aufpassen, dass wir alte Abhängigkeiten nicht durch neue ersetzen. Hier kann diese neue Technologie eine wichtige Rolle spielen“, sagte Martin Selmayr bei der Pressekonferenz.

Von einer anderen Innovation, nämlich der Quantentechnologie, hat sich der EU-Botschafter im März beim Institut für Quantenoptik und Quanteninforma-



tion der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Innsbruck ein Bild gemacht.

Fixpunkt Alpbach

Ein Fixstarter im Kalender ist das Europäische Forum in Alpbach. Rund um die Tirol-Etappe der EU-Gipfeltour tauschte sich Martin Selmayr mit Regierungsmitgliedern aus und diskutierte bei einem Kaminesgespräch mit Mitgliedern des Club Alpbach Steiermark und des Club Alpbach Brüssel.



Team EUROPE DIRECT

Engagierte Vortragende gesucht! Sie sind von ganzem Herzen Europäerin oder Europäer und möchten die EU-Kommunikation in Österreich unterstützen? Dann ist Team EUROPE DIRECT genau das Richtige für Sie: Die knapp 30 Mitglieder unterstützen die Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich als kompetente Rednerinnen und Redner. Sie informieren verständlich und bürgernah über aktuelle europapolitische Themen ebenso wie über Institutionen und Funktionsweise der Union. Die Teammitglieder erhalten von der EU-Kommissionsvertretung Briefings, Hintergrundinformationen sowie Einladungen zu Vernetzungstreffen und Veranstaltungen im Haus der Europäischen Union. Für das wertvolle ehrenamtliche Engagement möchten wir uns bei unseren Mitgliedern herzlich bedanken! Falls auch Sie interessiert sind, ein Teil von Team EUROPE DIRECT zu werden, freut sich Anna Knyazeva (Leiterin Bürgerkontakte, Netzwerke und Outreach) auf Ihre Bewerbung per E-Mail an Anna.Knyazeva@ec.europa.eu.



EU erfahren: Mit dem Zug zu den EU-Institutionen nach Brüssel

© EK/APA-Fotoservice/Reither



Wir bringen Europa ins Klassenzimmer – und Schulklassen nach Europa: 2023 hat die EU-Kommissionsvertretung wieder zahlreiche Reisen für Schüler, Lehrkräfte, Lehrlinge und EU-Gemeinderäte ermöglicht.



© Stefan Mak, BG/BRG Villach St. Martin

Wie kann der Begriff „Europa“ erlebbar und begreifbar gemacht werden? Wie kann man jungen Menschen die Bedeutung der Europäischen Union für ein gemeinsames und sicheres Miteinander auf unserem Kontinent vermitteln und ihnen bewusst machen, wie wichtig ihre aktive Teilhabe am politischen Geschehen ist? Schule ist der Schlüssel zur Europa-bildung. Daher setzt die EU-Kommissionsvertretung hier doppelt an. Gemeinsam mit dem österreichischen Bildungsministerium und dem Verbindungsbüro des EU-Parlaments gründeten wir bereits 2016 das Lehrernetzwerk „Europa in der Schule“. Ein Teil des Angebots für Mitglieder aus ganz Österreich ist eine Reise zu den EU-Institutionen. Im Juni war

es wieder soweit: Für 25 Lehrkräfte verschiedener Schultypen ging es mit dem ÖBB-Nightjet nach Brüssel. Das abwechslungsreiche dreitägige Programm bot europäische Inhalte und Zeit zum Netzwerken. Vom Einführungsvortrag an der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU ging es zu Fachgesprächen über europäische Geopolitik, den russischen Angriffskrieg, den europäischen Grünen Deal und das Europäische Jahr der Kompetenzen in die Europäische Kommission. Der Besuch des Plenarsaals im Europäischen Parlament und vier Diskussionsrunden mit österreichischen Europaabgeordneten vervollständigten das institutionelle Dreieck. „Es ist wichtig, unseren Schülerinnen und Schülern bewusst zu machen, welche tollen Möglichkeiten sie haben, ihre Zukunft mitzugestalten“, meinte Maria Dolejsi von der Höheren Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe Innsbruck.

Europa braucht Jugendliche, die engagiert an einer besseren, umweltfreundlicheren, digitaleren und inklusiveren Zukunft mitwirken und sich einbringen. Daher hat die EU-Kommissionsvertretung die Initiative „EU erfahren“ ins Leben gerufen, bei der einer Schulklasse pro Bundesland die Zugtickets für eine Brüsselreise mit dem ÖBB-Nightjet finanziert werden – ganz im Zeichen des europäischen Grünen Deals. Rund 230 jugendliche Erstwähler konnten so im Jahr 2023 zu den EU-Institutionen fahren. Schülerinnen und Schüler des Europagymnasiums Leoben, die sich im September auf die Reise machten, freuten sich darauf, Mitarbeiter der EU-Institutionen kennenzulernen und hinter die Kulissen europäischer Politik zu blicken. Für die Erasmusgruppe des Wiener Bernoulligymnasiums wurden in Brüssel Bedeutung und Vorteile der Europäischen Union deutlich. Zugleich weckte die Reise Ende Juni 2023 das Interesse für mögliche Karrierewege bei den europäischen Institutionen.



© Rainer Winter, Land Burgenland



© AV Service Xavier Lejeune

Burgenland unterstützt Bildungsreisen

Die EU-Kommissionsvertretung hat gemeinsam mit dem Land Burgenland und der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik eine Reise für Junglehrerinnen und Junglehrer initiiert. Anfang Oktober 2023 fuhren 25 Personen ab Wien quasi direkt in den EU-Maschinenraum. Informierte und interessierte Lehrerinnen und Lehrer, die ihr Wissen an die junge Generation vermitteln, unterstützen maßgeblich die Bildung einer europäischen Identität.

Für zwei weitere wichtige Multiplikatorengruppen ging es Ende November 2023 nach Brüssel. Für eine Gruppe von EU-Gemeinderäten erstellten das österreichische Bundeskanzleramt und Außenministerium, die EU-Kommissionsvertretung und das Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments ein abwechslungsreiches Programm. Gemeinsam mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund werden auch Lehrlinge aus ganz Österreich dabei unterstützt, in die EU-Hauptstadt zu reisen und das „Making of“ europäischer Gesetze aus nächster Nähe zu erleben.



Auch Journalistinnen und Journalisten haben sich 2023 aus erster Hand über europapolitische Entwicklungen informiert: Gemeinsam mit dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments organisierte die EU-Kommissionsvertretung Ende Juni und Ende November Reisen nach Brüssel – inklusive Austausch mit EU-Kommissaren, Europaabgeordneten und Experten.



© Svenja Draxl-Sommerbichler, BG Zaunergasse



© EK/APA-Fotoservice/Reither



© EK/APA-Fotoservice/Hautzinger



© Angelika Pichler, BHAK/BHAS Schwaz



© Markus Kraushofer, BernoulliGymnasium



© Andrea Grabher, HTL Dornbirn



© Gertrude Lick, Europagymnasium Leoben



© BKA Christopher Dunker



© EK/APA-Fotoservice/Reither



© Markus Kraushofer, BernoulliGymnasium



© Stefan Mak, BG/BRG Villach St. Martin



© Markus Kraushofer, BernoulliGymnasium

Unser Team



© EK/APA-Fotoservice/Schedl

Wir sind ein Team aus 20 Mitarbeitern, in dem sieben Nationalitäten vertreten sind. Unser Ziel ist es, die Menschen in Österreich besser über die Europäische Union zu informieren, gegenseitiges Verständnis zwischen Österreich und den EU-Institutionen zu schaffen und Falschinformationen über Europa zu kontern.



Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich ist seit November 2019 Martin Selmayr. Als Assistent des Vertretungsleiters ist Karin Guttman gemeinsam mit Susanne Mandl für Protokoll und Logistik verantwortlich. Auf aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen in Österreich konzentriert sich das Team Politische Berichterstattung. Wolfgang Bogensberger, Leiter des Teams und stellvertretender Leiter der Vertretung, und Petra Polgar als politische Referentin halten engen Kontakt mit Österreichs Regierung und Parlament und anderen politischen Akteuren. Sie fungieren als Bindeglied zwischen der Europäischen Kommission in Brüssel auf der einen Seite und politischen Entscheidungsträgern in Österreich auf der anderen Seite. EU-Kommissionsmitglieder, die nach Österreich kommen, können sich sowohl bei der Vorbereitung politischer Termine im Vorfeld als auch bei der Betreuung vor Ort auf das Team und sein großes Netzwerk verlassen.

Das Team Presse und Soziale Medien hat sich der Information zu aktuellen EU-Initiativen verschrieben. Es ist Anlaufstelle für Journalisten und verfasst mehrmals wöchentlich einen Newsletter

sowie Meldungen für die Webseite. Die Richtigstellung von Falschinformationen fällt ebenso in den Aufgabenbereich des Teams wie die Organisation von Pressegesprächen, Interviews und Journalistenreisen. Die EU-Kommissionsvertretung ist auch in den sozialen Medien aktiv. Ziel ist es, über reine Information hinaus mit Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu kommen. Im Bereich Presse und Soziale Medien arbeiten Sabine Berger (Leiterin), Lena Krohmer, Mayya Dimitrova und Franziska Furkert.

Im Team Wirtschaft und Soziales engagieren sich Leiterin Barbara Steffner und Berater für wirtschaftspolitische Koordinierung Tim Joris Kaiser für ein möglichst reibungsloses Zusammenspiel von österreichischer und europäischer Wirtschafts-, Finanz-, Sozial-, Klima- und Energiepolitik. Ihr Hauptaugenmerk liegt aktuell auf der Umsetzung des EU-Aufbauplans *NextGenerationEU*. Außerdem nehmen Barbara Steffner und Tim Joris Kaiser an Diskussionsrunden und Vorträgen teil und unterstützen so die Öffentlichkeitsarbeit.

Vernetzen, verbinden, einbinden. Netzwerke helfen dabei, dass die Europäische Kommission mit den Bürgerinnen



und Bürgern der EU in Verbindung bleibt. Das Informationsnetzwerk Europe Direct mit seinen Büros in den Bundesländern ist erste Anlaufstelle für Fragen jeder Art zum Thema EU. Team EUROPE DIRECT bringt Experten zusammen, die zu einzelnen Politikbereichen der EU in Österreich referieren. Das Lehrernetzwerk EUropa in der Schule wiederum unterstützt Lehrkräfte bei ihren Bemühungen, die EU im Unterricht zu vermitteln. Die über 1600 EU-Gemeinderätinnen und EU-Gemeinderäte machen Europa auch in den Regionen greifbar. Das Team Bürgerkontakte, Netzwerke und Outreach koordiniert diese Netzwerke. Zudem organisiert es Reisen für Lehrer und Schüler nach Brüssel und Veranstaltungen für Experten und die breite Öffentlichkeit. Dazu gehörten 2023 auch die EU-Gipfeltouren in allen österreichischen Bundesländern. Außerdem zeichnet das Team für die Webseite der Vertretung verantwortlich. Seit September 2023 leitet Anna Knyazeva das Team, zu dem Adina Hoffmann-Reumüller (stellvertretende Leiterin), Bernhard Köhr und Roja Moser gehören. Bis zu ihrer Pensionierung im Juni 2023 war auch Dagmar Weingärtner eine wichtige Stütze des Teams.

Claudia Deutsch ist als Sprachbeauftragte die Ansprechpartnerin für Fragen rund um Mehrsprachigkeit und Übersetzen in der EU und organisiert diverse Veranstaltungen zu diesen Themen. Zudem kümmert sie sich darum, dass technische Texte, wie zum Beispiel Ausschreibungen, verständlich sind, und unterstützt das Pressteam.

Das Verwaltungsteam sorgt dafür, dass unsere Mittel regelkonform und effizient verwendet werden und der tägliche Betrieb zwischen Besuchen der EU-Kommissare, Veranstaltungen und Vortragsreisen generell rund läuft. Dabei messen wir Nachhaltigkeit eine besondere Bedeutung bei. Ob mit stromsparenden Leuchtmitteln, Mülltrennung oder Dienstreisen mit dem Zug: Wir arbeiten ständig daran, unsere CO₂-Bilanz zu verbessern. Dass wir damit erfolgreich sind, zeigt der Prozess zur EMAS-Zertifizierung, die wir als eine der ersten EU-Kommissionsvertretungen absolviert haben. Zum Team unter der Leitung von Dafina Isheva-Göller zählen Henri Dos-Reis, Martin Koch, Susanne Mandl, Grega Rogelj und Robert Vida.

Bei Recherchetätigkeiten steht Orsolya Hidvegi der Vertretungsleitung zur Seite.

Auch 2023 wurde die EU-Kommissionsvertretung wieder tatkräftig von Trainees unterstützt: Lukas Ehrlich-Adam Fraile, Marianne Graff, Amelie Hagemann, Niklas Kapeller, Bianca Kobald, Caroline Mauritz, Maximilian Müller, Banan Sakbani, Sophie Trauner und Markus Wane.





Wenn Sie mehr über unsere Arbeit erfahren und über EU-Initiativen auf dem Laufenden bleiben wollen, freuen wir uns, wenn Sie uns in den sozialen Medien folgen und / oder unseren Newsletter unter comm-rep-vie-presse@ec.europa.eu abonnieren.

 www.ec.europa.eu/austria

 [/ekoesterreich](https://www.facebook.com/ekoesterreich)

 [/EUKommWien](https://twitter.com/EUKommWien)

 [/eukommission_at](https://www.instagram.com/eukommission_at)